

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,00 Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 30. Dezember 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Erklärung des Reichsaußenministers.

Gegen die Lügen der Rechtspresse.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann überfandte gestern abend dem Chefredakteur des „Vorwärts“ folgende Erklärung:

Unter Bezugnahme auf die in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ an das Auswärtige Amt gerichteten Fragen ist zu erwidern, daß die dem Auswärtigen Amt bekanntgewordenen Tatsachen in der heutigen Ausfaltung des Auswärtigen Amtes in WTB veröffentlicht worden sind.

Nachdem die Sozialdemokratische Partei tagelang von der Rechtspresse unter Berufung auf angebliche Informationen des Auswärtigen Amtes in der schmutzigsten Weise verleumdet wurde, war die Abgabe dieser Erklärung durch den verantwortlichen Leiter des Amtes eine Pflicht der Loyalität.

Die Weltwirtschaftskonferenz.

Annahmeerklärungen für die Vorbereitungs-Kommission.

Genf, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Von 35 Persönlichkeiten, die zur Bildung der Kommission für die Vorbereitung der internationalen Wirtschaftskonferenz vorgesehen sind, haben bisher folgende 14 die Annahme des Auftrags erklärt: Gustav Ador, Präsident der Finanz- und Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes...

Ein Tag ohne Krise.

Dauerlösung der französischen Kammer.

Paris, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat hat einstimmig die finanziellen Entwürfe Doumers gutgeheißen, so daß der befürchtete Ausbruch einer zum mindesten partiellen Kabinetskrise vorläufig vermieden worden ist.

Mehr als durch diese Gründe dürfte die bisherige Opposition innerhalb der Regierung durch die Ueberlegung gebrochen worden sein, daß es im hohen Grade unweidmähig wäre, eine Regierungskrise kurz vor Beginn der Parlamentsferien zu provozieren...

Die Kammer hat ihre Nachsitzung bis Dienstag mittag ausgedehnt. Es ist nicht gelungen, die Ausgabenberatung zu Ende zu führen. Die Fortsetzung der Diskussion mußte auf Mittwoch vertagt werden.

Paris, 29. Dezember. (WTB.) Die Kammer hat heute nachmittag auf Antrag des Unterstaatssekretärs Doffa mit 411 gegen 29 Stimmen beschlossen, der Regierung die verlangten Kredite in Höhe von 2.000.000 Franken einschließlich der Ausgaben für Truppenverlegungen und Transporte für die Levante- und Marokkoarmee zu gewähren.

Die polnische Agrarreform.

Die mitkoalitierten Sozialisten verlassen den Saal.

Warschau, 29. Dezember. (WTB.) Der Sejm hat gestern über alle 114 Verbesserungsanträge des Senats zum Agrarreformgesetz abgestimmt und somit dieses wichtige Gesetz endgültig verabschiedet. Allgemein kann gesagt werden, daß durch die Zustimmung des Senats das Gesetz etwas gemildert worden ist.

Ueber den Inhalt des Gesetzes gibt folgende OE-Meldung Aufschluß: Eigentümer, die ihren Landbesitz von den ehemaligen Teilmächten unter Vorbehalt von Vorrechten für diese erworben haben, können vollständig enteignet werden, ohne daß ihnen die sonst bei der Parzellierung zu belassenden Restgüter zugebilligt werden.

Inflation?

Warschau, 29. Dezember. (WTB.) „Rzeczpospolita“ (Republik) zufolge hat sich der Banknotenumlauf in Polen um 64 Millionen Zloty wieder erhöht.

Bulgarien hat abgerüstet.

Die Militärkommission zurückgezogen.

Sofia, 29. Dezember. (Meldung der bulgarischen Telegraphenagentur.) Die Vertreter der Großmächte haben dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß die Vorkonferenz beschlossen hat, die mit der Militärkontrolle in Bulgarien beauftragten Organe abzugeben, da Bulgarien alle militärischen Bestimmungen des Vertrages von Neuilly erfüllt hat.

Skandal!

Die Stinkbombe unterm Weihnachtsbaum.

Am Abend vor Weihnachten, als schon die Kerzen brannten — 12 Stunden, bevor der Lic. D. F. Koehler in Hugenbergs „Tag“ über die Liebe predigte: „Ohne Liebe kann die gottgeschaffene Welt nicht bestehen. So bestehe denn all unser Leben in Liebe“ — erschien die Nachausgabe desselben Blattes mit der dreispaltigen Ueberschrift: „Ein politischer Skandal aufgedeckt“, worunter folgendes zu lesen stand:

Ueber das Ausland wird bekannt, daß die Sozialdemokratische Partei und die Zentrums-Partei durch offizielle Schreiben den Generalsekretär des Völkerbundes ersucht haben, Angehörige der Partei als Mitglieder des Völkerbundes-Sekretariats auszuwählen, wenn Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist.

Die Posten, die vom Zentrum und von der Sozialdemokratie in Anspruch genommen wurden, werden durchschnittlich mit 1000 bis 2000 Schweizer Franken bezahlt. Die Schreiben haben in Genf großes Aufsehen erregt, weil ein derartiger Schritt von Parteien ganz ungewöhnlich ist.

Daß dieses dem publizistischen Nachgeseß des Herrn Hugenberg entstiegene Weihnachtsmärchen erlogen war, gibt heute die Hugenberg-Presse selbst zu. Heute schreibt sie: natürlich hätte es sich nicht um einen offiziellen Schritt gehandelt, so dumm seien die Parteien nicht, sondern um Briefe von Parteiführern an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond.

Auch das ist, wenigstens was die Sozialdemokratie betrifft und nur für sie können wir sprechen, erstickt und erlogen.

Ueber dieses Heßfeldzugs ist der Presschef des Reichsbürgerrats, Herr Dr. Kriegl. Finanzier ist der schwerindustrielle Herr Hugenberg, dessen achtzig Zeitungen nebst einigen hundert anderen von derselben Sorte seitdem täglich brüllen, trompeten und posaunen, daß die Sozialdemokratie aus elender Futtertruppenjagd Deutschlands Würde unter die Füße getreten habe.

Eine besonders schwierige Rolle spielt dabei die volksparteiliche „Tägliche Rundschau“, die mit Tränen im Auge versichert, sie komme soeben aus dem Auswärtigen Amt — man soll meinen, von Stresemann — und leider, leider sei alles wahr!

Daß man aus einer Mücke einen Elefanten macht, soll schon dagewesen sein. Immerhin ist dazu eine Mücke nötig. Man sucht die Mücke — sie ist nicht zu finden!

Wir müssen hier eine Selbstbeschuldigung aussprechen. Allerdings hätte sich die Sozialdemokratie darum kümmern sollen, daß die Vertretung Deutschlands beim Völkerbund in würdige Hände kommt, daß sich nicht verlornerete Bureaukraten, nicht dummpfiffige Diplomaten, die den Betrug für ihr Handwerk halten, aber es nicht verstehen, in diese wichtigen Ämter einschleichen. Gewiß hätte sie sich also um diese Frage kümmern sollen — leider hat sie es nicht getan, bis die Explosion der Kriegsfischen Stinkbombe sie wedte.

Ist nicht die Schuld? Vielleicht also ist ihre „Unschuld“ in dieser Angelegenheit ihre Schuld. Aber aus dem Bewußtsein dieser Unschuld heraus richtete der „Vorwärts“ gestern morgen an das Auswärtige Amt, auf das sich die Lügenpresse immer wieder beruft, keine bekannten drei Fragen. Was antwortete nun das Auswärtige Amt?

Der deutsche Generalkonsul in Genf berichtete kürzlich — nicht in Beantwortung einer Anfrage des Auswärtigen Amtes, sondern auf Grund einer ihm zuteil gemachten Mitteilung —, es sei ihm von maßgebenden Seiten des Generalsekretariats des Völkerbundes eröffnet worden, daß man dort Kenntnis davon erhalten habe, verschiedene politische Parteien in Deutschland hätten Kandidatenlisten für die deutsche Beteiligung im Sekretariat aufgestellt.

Ob andere Parteien solche Listen aufgestellt haben, wissen wir nicht. Aber wenn es Parteien geben sollte, die das getan haben — wir können sie darum nicht tadeln —, so befindet sich die Sozialdemokratische Partei nicht unter ihnen.

Was macht die Hugenberg-Presse daraus? Man muß es wörtlich genießen!

„Berliner Sozial-Anzeiger“:

Was aber diesen Fall von anderen unterscheidet, das ist, daß tatsächlich — mit Herrn Stresemanns Organ zu sprechen — „förmliche Parteilisten“ Herrn Drummonds eingereicht worden sind. Vom Zentrum und von der Sozialdemokratie. Selbstverständlich nicht (!) vom Zentrum und von der Sozialdemokratie als solchen. Wenn aber die Namen stimmen, die man sich als die beiden Briefschreiber zutraut, dann haben die Briefe für die beiden Parteien annähernd die gleiche Autorität, als wenn es sich um — bei solcher Gelegenheit selbstverständlich unmögliche — offizielle Parteilisten gehandelt hätte. In parlamentarischen Kreisen besteht der Wunsch, wenn die gedachten Herren (!) ihr leuchtendes Schweigen weiterhin bewahren sollten, daß dann ein Brief, den Sie Eric Drummond an verantwortliche deutsche Stellen gerichtet habe, veröffentlicht werde. Dieser Wunsch ist nur zu begründet, und wir können ihn.

vorausgesetzt, daß ein solcher Brief existiert.

wofür sehr viel spricht, nur mit der Hinzufügung unterstützen, daß angesichts der großen Verlogenheit, mit der in der Linkspreffe dieser Fall behandelt wird, eine solche Veröffentlichung, je eher sie käme, desto nützlicher sein würde.

So jährt das Organ des geistigen Mittelstandes vor den erstaunten Lesern mit „gedachten Herren“ und Briefen, „vorausgesetzt, daß sie existieren“, wodurch die „große Verlogenheit“ der — Linkspreffe vollkommen glaubhaft gemacht wird.

Neulich das bewußte Nachtgeflüster, das in der Erklärung des Auswärtigen Amtes entzückt und beglückt eine volle Befähigung seiner Lügen erblickt.

Einige demokratische Blätter von gestern abend wachen Bedeutung darüber, daß von einem führenden Zentrum Abgeordneten auf Anfrage ein Brief in der niederredendsten Angelegenheit nach Genf gerichtet worden sei und daß dieser Zentrum Abgeordnete diesen Brief zugleich auch lapidarweise dem Auswärtigen Amt zur Kenntnis gebracht habe. Ist das richtig, so verstehen wir das Schweigen der Zentrumspresse nicht. Desto besser verstehen wir etwas anderes.

Das Zentrum wegen jenes angeblichen Schritts allein anzugreifen, war für die Rechtspreffe taktisch unermüdet. Also log man die Sozialdemokratie dazu und richtete dann den Hauptangriff gegen sie. Denn alles Uebel kommt ja von der Sozialdemokratie, sie zu bespödeln, herunterzuziehen, zu verleumden und zu verdächtigen, ist das Geschäft, das von der Schwerindustrie bezahlt wird.

Ohne die Sozialdemokratie war die ganze Geschichte nicht aufzuziehen. Also log man sie dazu.

Es bleibt noch zu untersuchen, welche Rolle in dieser niederträchtigen Angelegenheit das Auswärtige Amt spielt. Und da ist klar, daß dieser ganze Lügenstapel nicht möglich gewesen wäre ohne Unterstützung durch Organe des Auswärtigen Amtes. Oder gibt es für das Verhalten der „Täglichen Rundschau“ eine andere Erklärung?

Organe des Auswärtigen Amtes haben an diesem Lügenfeldzug gegen die Sozialdemokratie aktiv mitgewirkt. Sie festzustellen und ungeschädlich zu machen, ist die Aufgabe des Reichsaussenministers.

Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat durch eine Erklärung, die er gestern in später Abendstunde dem Chefredakteur des „Vorwärts“ überreichte, den Fehler gutzumachen versucht, den sein Amt begangen hat. Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß die Rechtspreffe um ihretwillen das Handwerk aufgeben wird, von dem sie sich nährt. Um so mehr ist es Pflicht des Ministers, für Reinigung wenigstens soweit zu sorgen, wie sein Beiz reicht.

Dem Herrn Lie. D. F. Koehler empfehlen wir für seine Neujahrspredigt bei Hugenberg das Thema: „Du sollst nicht falsch Zeugnis ablegen wider deinen Nächsten!“ Dabei wäre die Frage zu untersuchen, was im Grunde schändlicher ist: die völkischen Märbergentralen oder die deutschnationalen Berleumderzentralen.

Ordnungsbloß in Nöten.

Wechselnde Regierung in Thüringen.

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Allgemein wird angenommen, daß nach der Ablehnung des sozialdemokratisch-kommunistischen Mißtrauensvotums gegen die thüringische Regierung eine klare politische Situation in Thüringen geschaffen werden ist. Nichts ist irriger als diese Auffassung. In informierten politischen Kreisen werte man die letzten politischen Ereignisse wesentlich anders als es in bürgerlichen Blättern und in Reden und Erklärungen bürgerlicher Parteien im Landtag geschieht.

Als die Sozialdemokratie nach der Annahme der nationalsozialistischen Mißbilligungsentscheidung gegen die Haltung der Regierung zu Locarno einen Mißtrauensantrag einreichte, war sie sich klar darüber, daß die in verschiedenen Richtungen zerfallenden Regierungsparteien sich sofort zusammenfinden würden, um das Mißtrauensvotum abzuwehren und eine Niederlage der Regierung zu verhindern. In gewissen bürgerlichen Kreisen — zum Teil auch bei den Demokraten — vertritt man die Auffassung, das Mißtrauensvotum der Linken hätte die mäßige Regierungsmehrheit erst wieder zusammengeschmiedet. Die Sozialdemokratie hatte ein wesentliches Interesse an der Klarstellung der politisch sehr unbeständigen Linie in der thüringischen Politik. Ihr wird man also nicht den Vorwurf machen können, sie hätte die Regierungsparteien „zusammengeschmiedet“.

Der Bürgerblock in Thüringen ist oberflächlich. Wenn bekannt würde, welche langwierigen Verhandlungen die Regierungsparteien geführt haben, um ihre Regierung zu leimen und sie vor dem Sturz durch die eigenen Freunde zu bewahren, dann würde so manchem ein Licht aufgehen. Noch am Tage, als die Abstimmung über den Mißtrauensantrag erfolgen sollte, war eine Einigung unter den Regierungsparteien nicht herbeigeführt. Während im Plenarsaal die Redner der Parteien sprachen, verhandelte man noch eifrig. Einmal verlangten die völkischen Parteien in bezug auf die Erfüllung ihrer Wünsche, zum anderen aber konnte man sich nicht über den Wortlaut der von den Regierungsparteien abzugebenden Erklärung zum Mißtrauensantrag einigen. Der Volksparteiler Bauer hatte eine Erklärung formuliert, die mit ihrem letzten Satz der Regierung das Vertrauen aussprechen sollte. Dagegen wandten sich die Deutschnationalen und der Landbund mit dem Einwand, man könne der Regierung nicht das Vertrauen aussprechen, nachdem man ihr vor wenigen Tagen eine Mißbilligung wegen ihrer Haltung zu Locarno ausgesprochen hätte. Auch die völkischen Parteien waren mit aller Entschiedenheit gegen die Formulierung, daß der Regierung das Vertrauen ausgesprochen würde. Nach längerem Hin und Her einigte man sich auf einen Satz, wie er am Schluß der Erklärung im Plenum verlesen wurde, in dem gesagt wird, man werde der Regierung das Mißtrauen nicht aussprechen — damit sagte man also, daß man der Regierung das Vertrauen nicht aussprechen wolle. Und was schließlich am Anfang der Erklärung über die Erfüllung des Regierungsprogramms stand, war nichts weiter als eine Verlegenheit. Tatsächlich waren die völkischen gegen die Feststellung, die Regierung hätte im Sinne ihrer Regierungserklärung gehandelt, stehen sich aber bereden und wurden dafür wieder freundlich in den Kreis der Regierungsfreundlichen aufgenommen. Die Unstimmigkeiten sind aber keinesfalls überbrückt. Der Führer der völkischen Fraktion, Abg. Böhm, steht heute noch auf dem Standpunkt, daß Minister Deitshuber nicht der Mann ist, völkische Interessen zu vertreten; man werde auf seinen Rücktritt weiter bestehen müssen. Vorläufig aber sehe man von der Anwendung parlamentarischer Mittel gegen den Minister ab, weil man glaube, die völkischen Forderungen auch so durchsetzen zu können; schlimmstenfalls aber werde man sich dazu entschließen, ihn zu stürzen, wenn er auf ihr Geheiß nicht gehen wolle.

Im übrigen stehen die beiden völkischen Fraktionen sich noch innerlich feindlich gegenüber; jede von ihnen macht „selbständige Politik“. Eine Richtung sucht die andere in bezug auf „Aktivität“ zu überflügeln.

Vergeblicher Ablehnungsversuch.

Thüringen und der Gothaer Herzog-Prozess.

Weimar, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Auf die vom „Soz. Pressedienst“ verbreitete Meldung, daß der thüringische Finanzminister keinen Kredit mehr für das Land Thüringen beläme, läßt der thüringische Finanzminister durch die ihm nachstehende Presse mitteilen, daß das Land Thüringen durch den Gothaer Herzog-Prozess nicht geschädigt wäre. Das widerspricht den vom Finanzminister selbst im Landtag abgegebenen Erklärungen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen aber will man jetzt die Sache auf ein Geleis schieben, das der jetzigen thüringischen Regierung nicht un bequem ist; es wird nämlich behauptet, daß das dem Herzog abzugebende Vermögen schon seit Anbeginn unter besonderer Verwaltung gestanden habe und vom Land Thüringen nicht im allgemeinen Etat geführt worden wäre. Diese Ausrede ist nichts anderes als ein Ablehnungsversuch. Tatsächlich muß auch die Mitteilung des Finanzministeriums zugegeben, daß dem Gothaer Herzog nicht weniger als 18000 Hektar guter Waldbesitz, der nicht weniger als 20 Millionen Goldmarkwert repräsentiert, abgetreten werden muß.

Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Einigung auf die preussischen Vorschläge.

Wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt, ist damit zu rechnen, daß die vom Reichsarbeitsministerium für den 4. Januar anberaumte Konferenz die preussischen Vorschläge auf Ermäßigung des Zinsfußes für die Darlehen aus der Produktion Erwerbslosenfürsorge, auf Milderung bei der Rückzahlung der Kredite, auf Erhöhung des Gesamthilfsfonds usw. zu stimmen wird.

Im Interesse der Arbeitslosen ist die Einigung zwischen Preußen und dem Reich in der Finanzierung der Rostlandsarbeiten zu begrüßen. Die Erwerbslosen sind die Leidtragenden, wenn nicht bei der entscheidenden Beratung der Weg für die Inangriffnahme neuer und umfassender Rostlandsarbeiten freigemacht wird.

Beitritt Deutschlands zum China-Abkommen.

Eine Folge des deutsch-chinesischen Vertrages.

Auf Einladung des Präsidenten Coolidge ist die deutsche Regierung vorbestimmlich der Ratifikation durch die verfassungsmäßigen Stellen dem Washingtoner Vertrag vom 6. Februar 1922 beigetreten, in welchem die Militärs die Grundsätze ihrer Politik gegenüber China festlegten. In dem Vertrag verpflichteten sich die Mächte, die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Chinas zu achten und allen Nationen das Recht der „offenen Tür“ zu zuerkennen, also Beseitigung aller Monopole und Vorrechte für irgendeine Nation, keine unterschiedliche Behandlung der Vertreter und Waren der am Vertrag beteiligten Nationen auf den chinesischen Bahnen und dergleichen. Nach dem Artikel 8 sollen die am Vertrag noch nicht beteiligten Staaten zum Beitritt eingeladen werden, sobald sie mit China in einem vertraglichen Verhältnis stehen. Deutschland hat die im Washingtoner Vertrag ausgesprochenen Grundsätze bereits in seinem 1921 mit China abgeschlossenen Vertrag anerkannt. Der deutsch-chinesische Vertrag enthält u. a. auch die Klausel der Meistbegünstigung, wodurch Deutschland ohne weiteres die anderen Staaten gewährten Vergünstigungen zuzahlen.

Der Reichspräsident empfing gestern als Abordnung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Geheimrat Prof. Dr. C. Duisberg, Prof. Dr. Kraemer, Prof. Dr. Geheime Rat Dr. C. Glotz, Dr. C. Glotz, Kommerzienrat Dr. Reuß, Geheimrat v. Borke, Geheimrat Rastl und Dr. Herle und nahm von ihnen Bericht über die Kollage der Industrie entgegen.

Polizeidirektor von Brauns, Leiter der Schutzpolizei Gruppe Süd, ist auf seinen Wunsch verabschiedet worden. Zur Gruppe Süd gehört die Kugulanterferne, auf deren Gebiet Sixt v. Krumi seine bekannte „Kaiser“-Rede gehalten hat. Herr v. Brauns war damals einer von denen, die von den skandalösen Vorgängen nichts gemerkt haben.

Julius Hübner und die Romantiker.

Zur Ausstellung in der Nationalgalerie.

Die Nationalgalerie hat in sechs Kabinetten des obersten Geschosses einen großen Teil des Lebenswerkes von Julius Hübner ausgestellt und mit dieser schönen posthumen Ehrung nicht nur auf einen halb vergessenen Berliner Künstler, sondern nochdrücklicher auch auf seinen Zusammenhang mit der Romantikerkunst und auf diese Mater der deutschen Romantikerzeit überhaupt hingewiesen. Es verlohnt sich darum wieder einmal, hinauszugehen zu dem obersten Stockwerk der Nationalgalerie, wo die feinen deutschen Meister aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in ausgezeichneten Beispielen vertreten sind.

Denn es verhält sich so, daß wir heute diesen unscheinbaren Bildern und Zeichnungen aus der Zeit vor hundert Jahren nähersehen, als den größeren, meisterhafteren der nachfolgenden realistischen und impressionistischen Jahrzehnte. Unsere heutige Kunst kann auch dem Widerstreben den Bild öffnen für ihre Schönheiten. Hat der sogenannte Expressionismus uns bereitgemacht, das Gefühlswesen jener ferneren Urhochkulturzeit besser zu verstehen, so weist die Genauigkeit und Schärfe in den Bildern der neuesten „Berliner“ (Dr. George Grosz, Kandinskij, Durringhausen) uns auf die vorzüglichste künstlerische Tugend jener Romantiker: die Bestimmtheit und Sorgfalt der Zeichnung, die klare Zeichkraft ihrer Vorklaffen.

Da hängen in den oberen Sälen und Gängen Bilder der sogenannten Nazarener, die diesen ihren Spottnamen zu einem Ehrennamen gemacht haben. Die berühmten Fresken der „Casa Bartholdi“ in Rom sind hierher übertragen: das erste und Hauptwerk der „Lufasbilder“ von 1810, mit dem sie, die Cornelius, Overbeck, Zeit, Wilhelm Schadow ihren Ruhm begründet haben. Da steht man Bildnisse und Zeichnungen des Hamburgers Wassmann, der in seiner beschaulich stillen Art schon zur wiederholtenmaligen Feinmalerei neigt, bezaubernd in der Einfachheit des Menschlichen, in der himmlischen Durchsichtigkeit der Farben. Landschaften von Ferd. Olliver führen den Blick in die Ferne, da die Herrlichkeit der Alpenlandschaft diesen deutschen Schöneheiter wieder aufging, wie sie einst den Dürer, Altdorfer, Breugel ausgegangen war. Seine und seines Schülers Julius Schnorr v. Carolsfeld Bilder enthalten das nazarenische Element der Sachlichkeit und sorgfältigen Naturliebe, der das Kleinste nicht unwichtig erscheint, am reinsten. Moritz v. Schwind ging mehr auf den großen Natureindruck aus und auf die Romantik des Märchens, im Alltags wie in der Sage von ihm gleichmäßig entdeut, und brachte in wunderbarem Rhythmus der Linien, bei Verzicht auf leuchtende Farbenpracht, das musikalische Element der deutschen Romantik zum Klang.

Diesen Meistern reihte sich einstmals auch Julius Hübner als echte Nazarenernatur an. 1806 in Oels geboren, kam er schon mit 15 Jahren auf die Berliner Akademie und schloß sich bald eng an Wilhelm Schadow an, dem er auch 1826 nach Düsseldorf folgte. Sein weiteres Leben interessiert nicht so sehr wie die Tatsache, die aus den dargebotenen Bildern und Zeichnungen klar hervorgeht: daß seine glücklichste und fruchtbarste Zeit in die Jugendjahre bis

1830 fällt. Damals war er einer der talentvollsten und hoffnungsvollsten Maler Deutschlands. Mit 20 Jahren malte er nicht nur seine schönsten Bilder, wie „Boas und Ruth“ und den „Fischertrab“, sondern zeichnete auch seine schwingendsten Entwürfe, seine lieblichsten Bildnisse. Es steht nun nicht etwa so, daß er später verlagert habe. Bilder wie das „Goldene Zeitalter“ von 1845 mit seinen vollkommenen und überaus amüsierten Knabenaffen, Bildnisse wie das seines Töchterchens (1834) gehören unstrittig in eine Reihe mit den schönen Jugendbildnissen. Aber die Fülle der Gesichte und die Großheit der Handschrift konzentrierten sich doch im wesentlichen auf die zwanziger Jahre, die überhaupt eine der glücklichsten Schaffenszeiten deutscher Kunst bedeuten. Und dieses Schicksal ist typisch für jene Generation, die eine Luste von Jünglingen war und nicht recht zu männlicher Reife gediehen ist. Viele der Besten, ja wohl eigentlich die Wertvollsten starben in allzu jungem Alter, wie Runge, R. Pfl. Fohr, Franz Barr, Horny und Erhard. Die anderen, und zu ihnen zählt auch Julius Hübner, ließen nach dem ersten genialen Ansturm bald nach; die Akademie verlor ihre Form, die nächste Zeit der Reaktion um 1830 lähmte die Schwünge ihrer Phantasie. Uns aber ist aus jener Blütezeit der Romantik das Wert ihrer Jugend geblieben, das anbetungswürdig ist und bleiben wird als Dokument des echten deutschen Idealismus.

Dr. Paul F. Schmidt

Anton Herrnsfeld beschwört im Intimen Theater in der Bülowstraße die Geister seiner Familie. Er spielt in einer dreitägigen Komödie „Familie Schmod“, als deren Verfasser er selber zeichnet, eine der beiden Hauptrollen. Die andere gibt Ferdinand Gräner. Mit diesen beiden ist leider erschöpft, was das Ensemble heute an Persönlichkeiten birgt, und die Erinnerung an die alte Herrnsfeld-Bühne stimmt etwas wehmütig. In der „Familie Schmod“ handelt es sich um einen illegitimen Säugling, der Heiratpläne zu zerbrechen droht. Das unglückliche Kind erscheint überall, wo man es nicht haben möchte, und sein Ursprung legt mehrere Familien in Bewegung. Schließlich bekennt sich aber der wirkliche Vater, der Diener Hirsch (von Anton Herrnsfeld tödlich komisch gespielt) zu seinem Erzeugnis. Das ganze ist spöttisch und gutes Theater, solange Herrnsfeld und Gräner die Szenen beherrschen. Ein dritter wäre auch noch zu nennen: Maximilian Wolff, der einen jüdischen Großvater noch etwas unsicher war, aber mit unverkennbarem Gestaltungsinstinkt auf die Bühne stellte. Ueber das andere sei wohlthätig der Mantel des Schweigens gebreitet.

Die neue Theaterzeitung „Die Volksbühne“ ist erschienen. Aus dem reichen Inhalt der ersten Nummer heben wir besonders hervor: Heinrich Mann „Zeit und Dichtung“, Heinrich Reit „Berliner Theaterantike“, Ernst Toller in England, F. Gerner „Französische Volksoorstellungen“ sowie zahlreiche kulturpolitische Berichte über das deutsche und internationale Theater, Volksbühnenbewegung, Glossen. Die zweite Nummer wird u. a. einen unerschütterlichen Beitrag von Bernard Shaw „Erleuchtung zur Kunst“ bringen. Abonnements der Volksbühne zu dem sehr billigen Preise von 1 M. vierteljährlich sind sehr zu empfehlen.

Die Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken. In Nr. 33 des Reichsgesetzblattes wird das Gesetz über die Ausfuhr von Kunst-

werken vom 21. Dezember 1925 veröffentlicht, durch welches die Geltungsdauer der Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken vom 11. Dezember 1919 bis zum 31. Dezember 1927 verlängert wird. Nach wie vor ist es also verboten, die in das Verzeichnis der national wertvollen Kunstwerke eingetragenen Gegenstände in das Ausland oder in das besetzte Reichsgebiet ohne Genehmigung auszuführen, und bleibt jede Zuwiderhandlung gegen die bestehenden Bestimmungen strafbar. Ueber die Genehmigung zur Ausfuhr entscheidet fortan der Reichsminister des Innern.

Sichtbare Funkwellen. Bei der Jahresversammlung des Carnegie-Instituts in New York wurde die Mitteilung gemacht, daß die funktelegraphischen Wellen sichtbar zu machen seien. Man hat Versuche mit einem besonderen Apparat unternommen, durch die es möglich war, die Wellen wahrzunehmen, als der Funkturm des Instituts Nachrichten auslieferte und empfing. Ob sich daraus unmittelbar praktische Folgerungen für das Funkwesen ergeben werden, muß einstweilen dahingestellt bleiben.

Wölfe und Wüdeber in Italien. Infolge der bitteren Kälte und der schweren Schneefälle, die in Italien herrschen, sind zahlreiche Wölfe und Wüdeber aus den Bergen in die Ebene gekommen und erschrecken die Landbewohner in verschiedenen Teilen der Julia Venetia. Eine Nacht hindurch belagerten Wölfe die Eisenbahnstation von Trellane-Rattogna in der Nähe von Triest; die Beamten verbarrikadierten die Zugänge und verteilten sich so gut sie konnten, bis die Wölfe bei Eintritt der Heiligkeit sich verzogen. Zu San Pietro del Carso wurden zwei riesige Wüdeber getötet. In Umbrien beunruhigen die Wölfe die ländlichen Gebiete, und von verschiedenen Gemeinden ist eine Schutzprämie von 400 Lire für jeden erlegten Wolf ausgezahlt worden.

Die Universitäten im preussischen Etat. Die der Reichliche Vertriebsrat dem preussischen Haushaltenrat für 1926 entnimmt, betragen die laufenden Zuschüsse für die preussischen Universitäten im kommenden Staatjahr rund 214 Millionen M. (gegenüber 274 Millionen M. im Vorjahr). Gegenüber dem Haushalt des Vorjahres ergibt sich hiernach für das Rechnungsjahr 1926 ein Mehrbetrag für die Universitäten von rund 41 Millionen M. — Der Zuschuß für das Charitékrankenhaus in Berlin beträgt rund 24 Millionen M., ferner kommen noch verschiedene Zuschüsse für die Universitäten in Höhe von ungefähr 79 Millionen M. hinzu. Es haben die laufenden Ausgaben im Haushaltenrat mit etwas über 41 Mill. M. veranschlagt werden.

Die Neue Kunstausstellung. Louisenstr. 6, steht vom 1. bis 31. Januar eine Kollektivausstellung des Malers Ernst Fritz Schlegel sowie Maliken von Herbert Garbe.

Das Berliner Ansonie-Orchester unter Leitung von Oskar Fried veranstaltet am 1. Januar im Kaiserhof, abends 8 Uhr, einen Johann-Sebastian-Bach. Die Solisten des Abend. Gilda Pau, singt die Balzer „O schöner Mai“ und „Frühlingsstimmen“.

Der Große Sternball (Kosmos) der Gesellschaft der Elternfreunde findet am 9. Januar im Zoo statt. Eintritt: 14 Pf.

Nikolaus Grab. Auf einen Schritt, den die Waten-Gesellschaft bei der holländischen Regierung zum Zweck der Erhaltung des Goodes Kugult von Vlatens in Surabai hat, hat der Ministerpräsident Winkelman in einem Schreiben an den Präsidenten der Gesellschaft, David van Hallen, mitgeteilt, daß er Anweisung zur Restaurierung der Grabstätte dieses Dichters geben werde, dessen Name in Italien unübertragen ist.

Gewerkschaftsbewegung

Der Schiedspruch im Reichsbahnkonflikt.

Ein Pfennig Lohnerhöhung.

Die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Rädlin stehende Schlichtungsstelle hat gestern in dem Lohn- und Tarifstreit zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Tarifgewerkschaften folgenden Spruch:

„Der § 4 des Lohnvertrages in der Fassung vom 11. Juli 1924 tritt mit den aus diesem Schiedspruch sich ergebenden Änderungen mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab wieder in Kraft.“

Die während der Zeit der Nichtgeltung des § 4 von der Deutschen Reichsbahngesellschaft angeordneten Änderungen der Grundlöhne und der Ortslohnzulagen gelten als tarifliche Regelung.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab werden die Grundlöhne in sämtlichen Lohngebieten und Ortsklassen für alle Arbeiter nach dem 24. Lebensjahre in den Lohngruppen I bis V um einen Pfennig, in den Lohngruppen VI und VII um zwei Pfennig erhöht.

Die Bestimmungen des § 6 Ziffer 6 und § 7 Ziffer 3 des Lohnvertrages fallen mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab fort.

Die Hauptverwaltung erklärt sich bereit, im Benehmen mit den Vertragsparteien die Ortslohnzulagen gemäß § 5 Ziffer 1 des Lohnvertrages nachzuprüfen und, wenn erforderlich, mit Wirkung ab 1. Januar 1926 neu festzusetzen. Die Anträge der Organisationen sind der Hauptverwaltung bis zum 15. Januar 1926 einzureichen.

Obige Lohnregelung kann frühestens zum 30. April 1926 geändert werden.

Erfässerungsfrist 12. Januar 1926, mittags 12 Uhr, beim Reichsarbeitsministerium.

Inwieweit die Drohung des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft, die Tarife zu erhöhen und die sämtlichen (nicht etwa die überflüssigen persönlichen) Ausgaben „unter Raubbau an den eigenen Bahnanlagen“ noch weiter einzuschränken, falls sie zu einer Lohnhöhung gezwungen würde, diesen Schiedspruch von vornherein beeinflusst hat, sei dahingestellt.

Was bietet der Schiedspruch den Eisenbahnern? Die jungen, noch nicht 24 Jahre alten Arbeiter erhalten nicht einmal die Pfennigzulage, die den älteren Arbeitern in den Lohngruppen I bis V zugestanden wurde. Lohngruppen VI und VII sollen um zwei Pfennig aufgebessert werden. Wie hoch überdies die Bereitwilligkeit der Hauptverwaltung zu bewerten ist, die Ortslohnzulagen nachzuprüfen und — wenn erforderlich (! das bestimmt sie!) — neu festzusetzen, ist sehr zweifelhaft.

Der Schiedspruch erscheint als ein Produkt der Verlegenheit, in die die Notlage der Eisenbahner auf der einen, noch mehr aber die arbeiterfeindliche Stellungnahme der Reichsbahngesellschaft den Schlichter gebracht haben, einer Verlegenheit, aus der dieser Konjunktur-Schiedspruch einen Ausweg zu bilden schien. Wir müssen der Schlichtungsstelle zugute halten, daß sie keineswegs die Absicht hatte, die Eisenbahnarbeiter zu verhöhnen, vielmehr versucht hat, ihnen irgend etwas zu bieten — soweit es die Verwaltung der Reichsbahngesellschaft zu erlauben schien. Allein es ist gar zu wenig, wenig mehr als nichts, was man den Eisenbahnern bieten zu können glaubt.

Ohne der Stellungnahme der Reichsbahnarbeiter und ihrer Organisationen irgendwie vorgreifen zu wollen, kann behauptet werden, daß dieser Schiedspruch sie nicht befriedigen kann, da er ihrer Notlage nicht abhilft. Ein wöchentliches Mehreinkommen von nicht ganz 50 Pfennigen bringt höchstens ihre Frauen in Verlegenheit, in welcher Weise sie fortan ihren Speiseetzel ergänzen können. Zu einer Fleischzulage reicht's nicht, vielleicht zu einem Brot mehr in der Woche, wozu dann aber der Aufstrich fehlt.

Nachträglich erleben wir aus der W.B.-Fassung des Schiedspruches, daß — was aus unserem Text nicht deutlich hervorgeht — obendrein noch die bisher in Krankheitsfällen gezahlten sozialen Zulagen vom 1. Januar an wegfallen sollen. Das macht diesen lächerlichen Schiedspruch noch unangenehmer.

Hätte die Reichsbahngesellschaft sich nicht unrettbar in ihre Lohnsackgasse verwickelt, die sie zu den gewagtesten Experimenten treibt, den Schmarbelerzulagen auf der einen, den lieberhaften und nicht minder kostspieligen Streikabwehrmaßnahmen auf der anderen Seite, wäre die Verwaltung statt dessen ihrer Verantwortung bewußt für die Hebung der Arbeitsfreudigkeit im Interesse der öffentlichen Sicherheit, dann müßte man erwarten, daß sie über diesen lendenanheimlichen Schiedspruch hinaus eine vernünftigeren Lohnregelung trifft. Ihre Gewissensverfassung würde sie dann der Sorge um Streikabwehr entheben. Sie darf ihre Arbeiter

nicht derart unterschätzen, als seien sie einseitig genug, ihrer Empörung über diesen Schiedspruch samt allen übrigen Provokationen jetzt in einem allgemeinen Streik Luft zu machen. Will sie den Streik für die Zukunft vermeiden, dann muß sie ihre Lohnpolitik einer gründlichen Revision unterziehen, anstatt die Streikgefahr mit aller Gewalt heraufzubeschwören.

Sprunghafte Steigerung des Arbeitslosenelends.

Amlich wird mitgeteilt: In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 673 315 auf 1 057 031, das heißt um rund 57 Proz. gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 613 712 auf 964 012 und die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 59 603 auf 93 019 erhöht. Diese Steigerung wurde nicht unerheblich durch die Einstellung der Arbeit in den Außenberufen hervorgerufen, die alljährlich um diese Zeit die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in die Höhe treibt. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmer verschiedentlich gerade am Ende des Jahres ihre Betriebe nur für einige Wochen stillgelegt und ihre Arbeiter während dieser Zeit „beurlaubt“ haben. Diese Feststellungen ändern nichts an dem Ernst der Lage, der aus den Arbeitslosenziffern spricht.

Ueber die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt seit dem 1. Juli, wo die Arbeitslosenziffer 1925 ihren günstigsten Stand erreicht hatte, geben wir folgende Uebersicht:

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug	1924	1925
1. Juli	426 420	105 009
15. Juli	465 260	198 022
1. August	526 181	197 248
15. August	566 957	209 675
1. September	588 485	230 737
15. September	574 424	251 530
1. Oktober	518 496	266 078
15. Oktober	472 116	298 872
1. November	436 821	363 919
15. November	426 836	471 333
1. Dezember	436 607	673 315
15. Dezember	458 129	1 057 031

Dazu muß berücksichtigt werden: Das Reichsarbeitsministerium gibt für den 15. Dezember 1924 bei 458 129 Hauptunterstützungsempfängern 606 042 Zuschlagsempfänger (Familienangehörige) an.

Man darf also annehmen, daß die Zahl der Zuschlagsempfänger am 15. Dezember 1925 auf weit über eine Million gestiegen ist. Damit wären über zwei Millionen Menschen in Deutschland auf Unterstützung angewiesen. Hinzu kommt die Zahl der Kurzarbeiter, die ebenfalls augenblicklich auf rund eine Million geschätzt werden kann. Betrachtet man die Familienangehörigen der Kurzarbeiter ebenfalls mit einer Million, so ergibt sich, daß weit über vier Millionen Menschen in Deutschland ohne Arbeitsverdienst bzw. auf den kärglichen Ertrag der Kurzarbeit angewiesen sind. Die Wirtschaftspolitik unseres Unternehmertums und der deutschnational verfeindeten Luther-Regierung macht sich verdammt übel bezahlt.

Die Berliner Ortskrankenkassenwahlen.

Bei den meisten der im Stadtgebiet Berlin liegenden 19 Allgemeinen Ortskrankenkassen ist die Kandidatur der Ausschuss- und Vorstandsmitglieder mit dem 31. Dezember abgelaufen. Die Neuwahlen, die sich deshalb im Laufe des Spätjahres notwendig machten, sind fast durchweg ohne eigentlichen Wahlkampf verlaufen, d. h., da nur eine Liste eingereicht wurde, brauchte eine Wahl nicht stattzufinden. Sogar bei der größten der Berliner Krankenkassen, der über 500 000 Mitglieder zählenden Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, ging die Ausschuss- und Vorstandswahl ohne Wahlkampf vorüber. Durch eine Verständigung zwischen den freien und christlichen Gewerkschaften wurden zu beiden Organen je zwei Listen eingereicht, die zusammen nur sozial Namen enthielten als Bewerber zu wählen sind. Damit wurde eine Wahl vermieden und in der Öffentlichkeit ging dieser Akt geräuschlos vorüber. Der Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin setzt sich danach zusammen aus 54 freigewerkschaftlichen und sechs christlichen Versicherungsvorstellern, der Vorstand aus 13 freigewerkschaftlichen und einem christlichen Versicherungsvorsteher. Auf Vorschlag des Ortsausschusses Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Ortsausschusses Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes wurden in den Vorstand gewählt als Vertreter der Versicherten: Buhlig, Oppe, Siegle, Rürberg, Uebel, Hugo Cohn, Ollersdorf, Raschewski, Dorig, Reimann, Jakobelt, Bendig und Heijshold.

Ortskrankenkassenwahlen in den Außenbezirken der Stadt Berlin haben stattgefunden in Tempelhof, Mariendorf,

Steglich, Lichterfelde, Wilmersdorf, Schöneberg, Charlottenburg, Köpenick, Lichterberg und Bantow. In allen Bezirken — mit Ausnahme von Lichterfelde — galt die freigewerkschaftliche Liste als gewählt, da nur diese Liste eingereicht wurde. Bei der Wahl in Lichterfelde errang eine farblose Liste einige Ausschüsse.

Das Interesse für Krankenkassenwahlen ist in der Arbeiterschaft leider nicht in dem Maße vorhanden, wie bei politischen Wahlen. Solange nur freigewerkschaftliche Listen eingereicht werden, wie das diesmal geschah, mag das noch hingehen. Erscheinen aber die gegnerischen Organisationen wieder auf dem Plan, dann muß die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft den Krankenkassenwahlen die größte Aufmerksamkeit schenken. In den Gewerkschaften und in der Partei wachen die Mitglieder mit Recht darüber, daß ihre Gelder auch die richtige Verwendung finden; aber über die Verwendung der Krankenkassenbeiträge, die die Arbeiter zu zahlen haben, darüber machen sich die wenigsten Sorge. Wie wäre es denn sonst möglich, daß

Im Stadtgebiet Berlin rund 300 Krankenkassen

vorhanden sind, darunter Innungs- und Betriebskrankenkassen — oder besser gesagt Röhren —, die ein Schattendasein führen und nur wenige Mitglieder haben. Daß von einer Leistungsfähigkeit bei ihnen nicht die Rede sein kann, liegt auf der Hand. An der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft liegt es, dieser Zersplitterung auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens ein Ende zu machen. Betriebs-, Innungs- und Erbsen-Krankenkassen müssen verschwinden, damit durch Schaffung großer Krankenkassen durch möglichst niedrige Beiträge die höchsten Leistungen erzielt werden können.

Personalanänderung im Berliner Arbeitersekretariat.

Einen schweren Verlust erleidet das Berliner Arbeitersekretariat. Am 1. Januar verläßt Genosse Link das Arbeitersekretariat, um sich dem Bauarbeiterbund als Sekretär zu widmen.

Genosse Link verwalte in aufopferungsvoller Weise das Berliner Arbeitersekretariat seit seiner Gründung, an der er selbst an erster Stelle teilgenommen hat. Link war somit seit 26 Jahren in angestauter Arbeit vom frühen Morgen bis spät in die Nacht im Dienste der organisierten Arbeiterschaft tätig. Mit dem Dank an Link verbindet sich das Bedauern, ihn aus seinem Amt scheiden zu sehen.

Der Nachfolger Links ist Genosse Jippel, bisher Vorsitzender der Unterkommission Charlottenburg und Mitglied der engeren Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Wahlung, Buchdrucker und Buchdruckerhilfsarbeiter! Die Differenzen bei der Firma Hermann Spicker u. Co., Drederker Straße 50/51, sind Dienstag vormittag durch das Entgegenkommen des Geschäftsinhabers während der persönlichen Verhandlung mit den Organisationsvertretern beigelegt worden.

Buchdrucker! Die heute abend stattfindende Generalversammlung wird zum Lohnabkommen und zu den Verhandlungen über den Monteurstellen Stellung nehmen. Darüber hinaus dürften aller Voraussicht nach Fragen aufgeworfen werden, die zu Entscheidungen zwingen und das Erscheinen aller Delegierten und der Betriebsfunktionäre, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung stehen, erfordern.

Kollegen, laßt Euch nicht durch den ungünstigen Termin der Versammlung von dem Besuch abhalten. Unsere Freunde von links würden einen schwachen Versammlungsbesuch in ihrem Sinne ausnutzen. Alle Angelegenheiten sprechen dafür. — Die Mitglieder des Fraktionsvorstandes treffen sich eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung im Nebenraum. Der Fraktionsvorstand.

Wahlung, Metallarbeiter 2. Bezirk (Ostend) Mittwoch nachm. 5 Uhr bei Rosa, Sudener Str. 19, wichtigste Versammlung aller G.D.M.-Metallarbeiter. Jeder muß erscheinen. Vereinstausch bestimmt.	Der Fraktionsvorstand.
Wahlung, G.D.M.-Metallarbeiter Mittwoch abend 7 1/2 Uhr bei Rosa, Rosa Friedländer, 1. sehr wichtige Versammlung aller G.D.M.-Metallarbeiter. Jeder muß erscheinen. Vereinstausch bestimmt.	Der Fraktionsvorstand.

Wahlung, Ortsverwaltung Berlin. Die Geschäftsstelle bleibt Freitag, 1. Januar, und Samstag, 2. Januar, geschlossen und nimmt ihre Tätigkeit erst am 4. Januar wieder auf. Geschäftsstunden ab Januar 1926: 10 bis 12 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags; Sonntags von 10 bis 12 Uhr; nachdem Sonntag und Freitag von 4 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends.

Verband der Gewerbe- und Einzelarbeiter. Deutscher, Mittwoch, abend 7 Uhr in Walters Friedländer, Heberstr. 31. Vorbereitungsausschuss oder in dem nächsten Gewerbe- und Einzelarbeiter-Verein.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: R. S. Schäfer; Satzung und Statuten: Felix Reuter; Einzelwesen: Ed. Gieseler; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Carl Ziemer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

A. Wertheim

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Silvester-Scherzartikel Neujahrs-Karten

Zur Bowle

Edel-Apfelwein 67 Pf.	San-Antonio kräftiger span. Rotwein 1 20
1924 Wollsteiner 85 Pf.	1922 Ingelheimer 1 70
1924 Gumbshelmer	Fruchtschaumwein 1 45
Neuberg Rheinwein . . . 1 M	vorzügl. Qual., mit Flasche
1922 Remicher Goldbg. 1 15	A. W. Spezial-Cuvée 4 20
1924 Mitteler Leiterchen	guter Tafelwein, Pilsenerbr.
Riesling 1 20	Johannisbeer-, Stachelbeer-,
1922 Kirchheimer 1 05	Heidelbeer- u. Kirschwine 1 10
	seine kräftige Qualität

Punsch u. Spirituosen

Schlummer-, Arrak- und Rum-Punsch 30 Vol. % 4 10	Jamaica-Rum-Verschnitt * 40 Vol. % 3 30
Düsseldorfer Burgund- u. Schlummer-Punsch 5 50	Batavia-Arrak-Verschn. * 40 Vol. % 4 M
Uto Rum-, Arrak- und Ananas-Punsch 7 50	Original-Rum, Origin.-Arrak
	Sämtliche Spirituosen auch in halben Flaschen erhältlich

Kalte Küche

Hering-Salat Pfund 1 M	Kronen-Hummern 7/2 Dose, 1 Dose, nur Scheren u. Schwänze 4 50 9 M
Italienischer Salat Pfund 1 40	Remouladen- u. Mayonnaise-Soße . . . Pfund 1 60
Lachs-Mayonnaise Pfund 3 40	Kaviar Astrachan-Beilage großes Korn, 1/4 Pfund 7 50
Hummer-Mayonnaise Pfund 5 40	

Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust . . . Pfund 76 Pf.	Kalbsrücken Pfund 80 Pf.
Kalbskeule ganz und geteilt Pfund 85 Pf.	Schweinebauch und Rücken, mit Beilage Pfund 1 13
Schweineschinken u. Blatt Pfund 1 20	Lieser Pfund 1 10
Kafler Rippspeer Pfund 1 30	Ia Gefrierfleisch Rinderkamm und Brust Pfund 58 Pf.

Wild u. Geflügel

Frische Hasen gestäubt u. angegeworfen, Pfd. 1 10 1 20	Wildschwein-Blätter Pfund 1 10
Wildschwein-Keulen Pfund 1 30	Fasanen-Hähne Stück 4 75

Fische

Karpfen lebende, Pfund 1 35 bis 1 65	Sprotten Klein ca. 1 Pfd. 45 Pf., Pfd. 44 Pf.
Schellfische Pfund 22 Pf.	Schellfisch frisch Pfund 38 Pf.
Rotbarse ohne Kopf Pfund 33 Pf.	Fettbücklinge Pfund 58 Pf.
Zander Pfund 95 Pf.	Flundern Altköcher Pfund 55 Pf.

Obst u. Südfrüchte

Apfelsinen D. d. 60, 60, 35 Pf.	Tafeläpfel Booskoop u. rote Ranlocker, Pfund 2 4 Pf.
Mandarinen kleine 20 Stück 1 25	Ital. Feigen Pfund 2 4 Pf.
Zitronen Duzend 35 Pf.	Weintrauben (Almeria) Pfund 43 Pf.
Frische Ananas Pfund 95 Pf.	Traubenrosinen, Krachmandeln

Tafelbutter 1/2 Pfund 88 Pf. 92 Pf.	Tilsiter Käse vollfett, Pfund 1 13
1/2 Pfund Paket 98 Pf.	Limburger Pfund 65 Pf.
Teebutter 1/2 Pfund Paket 98 Pf.	Gouda dänischer, Pfund 76 Pf.
Dän. Butter Pfund 1 95	Schweizer leiser, flamm. Pfund 1 50

Im Erfrischungssaum am Silvester:

Feine Pfannkuchen mit verschiedenen Füllungen, Dutzend 1 M 1 60 2 20

Abt. Frische Blumen (Leipziger Str.)

Neujahrs-Spenden in großer Auswahl

Rheinstädte in Hochwassergefahr.

Köln, Bonn und Koblenz in Gefahr. — Der Rhein steigt weiter. — Hochwasser in aller Welt.

In wenigen Tagen hat sich das Hochwasser in Süd- und Westdeutschland zu einer Gefahr ersten Ranges entwickelt. Neben dem Rheinland ist vor allem Süddeutschland von dem Hochwasser heimgesucht, weil sich hier die plötzliche Schneeschmelze der Mittelgebirge besonders auswirkt. In den Alpen ist am Dienstag der Föhn aufgetreten, der die Schneemassen rasch zu Wasser werden läßt. Der Rhein wächst ebenso wie seine Nebenflüsse von Stunde zu Stunde. Bei Karlsruhe und Mannheim hat er am Dienstag mittag die ungewöhnliche Höhe von nahezu sieben Metern erreicht. Weite Gebiete in Baden und in Bayern stehen unter Wasser, auch zahlreiche Brücken sind ein Opfer der Fluten geworden. Am Mittel- und Niederrhein sind die am Fluß gelegenen Städte vieler Städte unter Wasser gesetzt. Auch im Moseltal, so vor allem in Trier, ist das Wasser in zahlreiche Häuser eingedrungen. Viele Ortschaften sind vollständig vom Wasser umgeben; der Verkehr muß mit Köhnen aufrechterhalten werden.

Im einzelnen liegen aus den gefährdeten Gebieten folgende Meldungen vor:

Köln, 29. Dezember. Im Laufe des heutigen Vormittags ist das Hochwasser auf dem Rhein weiter sehr erheblich gestiegen, nachdem in der vergangenen Nacht am Oberrhein das Wasser nicht weiter zugenommen hatte. Von zehn Uhr vormittags ab machte sich wieder ein starkes Ansteigen des Wasserspiegels bemerkbar, da die Nebenflüsse des Oberrheins wieder gewaltige Wassermengen heranzuführten. Der Neekar hat bereits die ganze Vorstadt von Mannheim unter Wasser gesetzt und steigt weiter an. Auch die Mosel ist schon teilweise über die Ufer getreten. Nachdem im Laufe des gestrigen Nachmittags das Wasser schnell gestiegen war, war heute nacht ein Rückgang zu verzeichnen. Von sieben Uhr vormittags an haben sich jedoch die Wassermengen wieder erheblich vergrößert. Von der Saar werden ebenfalls große Ueberschwemmungen gemeldet, jedoch teilweise der Eisenbahnverkehr gestört ist. In Metz liegen der Stadtpart und der Bleichmarkt unter Wasser. Bei Koblenz steigt der Rhein stündlich um vier Zentimeter. Besonders ungünstige Meldungen liegen vom Niederrhein vor. Bei Bonn ist der Fluß in den Morgenstunden über die Ufer getreten und hat bereits einige Ställe überschwemmt. Der Verkehr zwischen den am Ufer gelegenen Häusern wird mit Köhnen aufrechterhalten. Da das Wasser schnell steigt, befürchtet man weitere Ueberschwemmungsschäden. Auch Köln ist bereits sehr in Mitleidenhaft gezogen. Der Rhein ist über die Ufer getreten, jedoch das Wasser die Keller der am Ufer gelegenen Häuser gefüllt hat. Die Bewohner der anliegenden Straßen sind bemüht, die Keller und Erdgeschosse zu räumen, ehe das Wasser bei ihnen eindringt. Der Wasserspiegel steigt hier stündlich um sechs Zentimeter. Auch Duisburg wird vom Hochwasser bedroht, das stündlich um acht Zentimeter steigt.

Köln, 29. Dezember. (Mit.) Der Wasserstand des Rheins betrug heute nachmittag 4 Uhr 7,13 Meter. Der Verkehr der Straßenbahn mußte bereits umgeleitet werden, da das Rheinufer überflutet ist. Die Einstellung des Betriebes der Rheinischerbahn ist für heute abend zu erwarten.

Frankfurt a. M., 29. Dezember. (Mit.) Der Wasserstand des Rheins zeigte heute vormittag 6 Uhr am hiesigen Pegel eine Höhe von 3,68 Meter. Das Wasser steigt stündlich um etwa 6 Zentimeter. Vom oberen Main wird gleichfalls starkes Steigen der Wassermassen gemeldet. Von den Nebenflüssen des Main haben die Ridda und Kinzig ihren Höchststand erreicht. Bei beiden ist ein gewisser Stillstand eingetreten. Die Niederungen sind meilenweit überschwemmt. Auch die Gersprenz führt gewaltige

Wassermassen aus dem Odenwald mit sich. Weite Strecken des Neckarlandes stehen tief unter Wasser.

Mannheim, 29. Dezember. (Mit.) Der Rhein erreichte hier heute abend einen Stand von 7,16 Meter. Die Reih-Insel und die Wege im Waldpart sind zum größten Teil überschwemmt. Der Neckar zeigte heute abend 7,60 Meter Höhe. Das Vorland des Neckars steht an beiden Flußufern bis zum Dammschuh unter Wasser. Der Fluß steigt noch immer weiter.

Heidelberg, 29. Dezember. (Mit.) Die Fluten des Neckars sind noch weiter gestiegen; der Heidelberger Pegelstand erreichte 4,59. Vom Oberlauf des Neckars wird noch ein weiteres Steigen gemeldet. In der Altstadt ist in den tiefer gelegenen Häusern das Wasser bereits in die unteren Stockwerke eingedrungen.

Gestern nacht ereignete sich auf der Ziegelhausener Landstraße bei Heidelberg ein schweres Unglück. Der praktische Arzt Dr. Vogel fuhr mit seiner Frau in einem Auto nach Ziegelhausen. Das Hochwasser des Neckars hatte die Straße bereits überschwemmt, so daß das Auto in die Fluten geriet. Während sich Dr. Vogel retten konnte, versank das Auto mit der Frau und dem Führer. Beide sind ertrunken. Die Leichen und das Auto konnten noch nicht geborgen werden.

Menschenopfer in Ungarn.

Am schwersten betroffen ist das ungarische Grenzgebiet gegen Rumänien, wo die Theiß und ihre Nebenflüsse weite Strecken des Landes völlig unter Wasser gesetzt haben. Hier sind rund 200 000 Hektar Land überschwemmt, 14 Ortschaften gelten als völlig veraltet, wobei über 100 Menschen das Leben eingebüßt haben sollen. Das Wasser steht teilweise so hoch, daß nur noch die Kronen der Bäume und die Giebel der Dächer herausragen. Am schwersten heimgesucht ist das fruchtbare Komitat Betsan an der ungarisch-rumänischen Grenze. Hier haben die Wassermengen aus den Bergen Siebenbürgens alles zerstört. Hunderte von Häusern sind unter der Wucht des Wassers zusammengefallen. Tausende von Kindern und Pferden in den Fluten umgekommen. Die Bahnverbindungen von Ungarn nach Rumänien sind völlig unterbrochen, ebenso der Telephon- und Telegraphenverkehr gestört. Der Sachschaden ist einstweilen noch nicht zu übersehen, wird sich aber auf viele Millionen Kronen belaufen.

Die Hochwasserkatastrophe im Komitat Komitat nimmt immer größere Dimensionen an. Bisher sind bereits 100 000 Morgen überschwemmt. In einem Teile des Komitats drohen die großen Dämme in einer Länge von 30 Kilometern einzustürzen. Die gesamte Bevölkerung arbeitet daran, diese Katastrophe hintanzuhalten. In diesem Komitat haben die Ueberschwemmungen bisher ein Todesopfer gefordert. In Siebenbürgen wurden weitere Gemeinden unter Wasser gesetzt. Hier sind zahlreiche Menschenopfer zu beklagen. Der Schaden ist ungeheuer. In einem einzigen Orte wurden 50 Häuser von den Fluten fortgerissen.

Warschau, 29. Dezember. (T.) Die Nebenflüsse der Weichsel führen durch die Schneeschmelze große Wassermengen der Weichsel zu, so daß Ueberschwemmungen zu befürchten sind. Es sind überall Vorkehrungen getroffen, um Hochwasserschäden nach Möglichkeit zu vermeiden.

Auch Hochwasser in England.

London, 29. Dezember. (Mit.) Der in den letzten Tagen fast ununterbrochen niedergegangene Regen und das Tauwetter haben zu Hochwasser einer Reihe von Flüssen an der Grenze von Wales und in Mittelengland und zu Ueberschwemmungen geführt. Die tiefliegenden Wiesen am Dee, Severn und Wye stehen unter Wasser. Der Severn war gestern etwa drei Meter und der Avon etwa zwei Meter über den normalen Stand gestiegen. In Leicesterhire sind mehrere Dörfer durch die Ueberschwem-

mung von der Außenwelt fast abgeschnitten. An den Küsten war die Schifffahrt im Laufe des gestrigen Tages durch das ungünstige Wetter stark behindert.

Sturmkatastrophe an der estländischen Küste.

In ganz Estland herrschten in den letzten Tagen starke Schneestürme. An der estländischen Küste des Finnischen Meerbusens zerbrach der Sturm unerwartet das Ufer, auf dem sich mehrere Gruppen von Fischern befanden. Diese wurden auf den Eishöfen in das offene Meer hinausgetrieben. Einigen Fischern gelang es mit großen Anstrengungen, sich ans Land zu retten, ein großer Teil ist aber verschollen. Ein aus dem Revaler Hafen auf die Suche nach den Fischern ausgesandter Eisbrecher ist umrichteter Sache zurückgekehrt. Für die Hinterbliebenen der Verunglückten hat die estnische Regierung eine Hilfsaktion begonnen.

Kein besseres Wetter in Aussicht!

Wie der Berliner Wetterdienst mitteilt, besteht vorerst keine Aussicht auf besseres Wetter. Die nächsten zwei, drei Tage werden wahrscheinlich starke Regenfälle bringen, so daß mit weiterem rapiden Steigen des Wassers im Ueberschwemmungsgebiet zu rechnen ist. Am Freitag kann mit Aufklärung gerechnet werden. Frost wird vorerst überhaupt nicht erwartet. Eine überaus ungünstige Prognose, die zu den schwersten Befürchtungen Anlaß gibt. Vor allem, weil ein längeres Andauern des Regenwetters in den Höhenregionen weiteres Schneeschmelzen größeren Umfangs zur Folge haben wird.

In später Stunde wird uns über den Stand des Hochwassers folgendes gemeldet:

Wasserstand in Rehl 4 Uhr: 4,54 Meter, 12 Uhr: 4,52 Meter. Der Wasserstand am Oberlauf des Rheins ab Basel fällt. Mannheim, 4 Uhr: 6,91 Meter, voraussichtlich ist noch ein Steigen um 50 Zentimeter zu erwarten. Der Neckar fällt im Oberlauf. Im Unterlauf wird voraussichtlich in der kommenden Nacht ein Stillstand zu verzeichnen sein. Mannheim, 12 Uhr: 3,51 Meter, stündlich noch 4 Zentimeter steigend. Bingen, 4 Uhr: 4,5 Meter. Koblenz, 6 Uhr: 7,06 Meter. Saarbrücken, 2 Uhr: 6,06 Meter. Stillstand. Trier, 5 Uhr: 6,16 Meter, stündlich noch einen Zentimeter steigend. Der Wasserstand des Rheins am Kölner Pegel betrug abends 6 Uhr 7,23 Meter. Der Strom steigt weiter um 6 Zentimeter stündlich. Das hiesige Hafentor rechnet damit, daß bis morgen ein Wasserstand von wenigstens acht Metern erreicht sein wird. Am Rheinufer, zwischen der Höhenzollern- und der Hängebrücke überflutet das Wasser in einer Breite von drei bis vier Metern die Straße. Wetter stromaufwärts sind die am Ufer entlang führenden Straßen bereits bis zu den Häusern überschwemmt, so daß Fußgänger kaum noch gehen können.

Schwindel mit Reichsentschädigungen.

Doppelgänger oder großer Unbekannter?

Der „große Unbekannte“ gibt in den Gerichtssälen ziemlich häufig ein Gastspiel. Sein Bruder, der „Doppelgänger“, pflegt etwas zurückhaltender zu sein. Aber ab und zu taucht auch er als sorgfältig präparierter Bligableiter vor dem Forum des Gerichts auf. Ihn hätte der Kaufmann Swaczba, der sich wegen fortgesetzten Betrugs vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten mußte, zu seinem Schutzpatron erwähnt. Mit wenig Glück allerdings, denn sein hartnäckiges Zeugnen brachte ihm eine ziemlich empfindliche Gefängnisstrafe ein, die weit über den Antrag des Staatsanwalts hinausging.

Der Angeklagte, ein vertriebener Oberdiener, wollte monatelang von den Franzosen gefangen gehalten worden sein. Nach seiner Freilassung erbat er vom Deutschen Reich eine Entschädigung, die nach seinen eigenen Aussagen sehr angemessen ausfiel. Als Dank beschloß S., unter einem ähnlich klingenden Namen die Sache noch einmal zu versuchen. Er nannte sich jetzt Schwarzbach, wollte wieder ein um seinen ganzen Besitz gekommenen Oberdiener sein und erhielt auch diesmal eine große Entschädigung, die in die Tausende ging. Der Betrug, daß Swaczba und Schwarzbach dieselbe Person waren, kam sehr bald heraus. Obwohl der Angeklagte von mehreren Zeugen als derjenige wiedererkannt wurde, der in beiden Fällen um die Entschädigung gekommen war, hielt S. an seinem Vorgehen fest. Der Schwarzbach heißt

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Das leere Gefühl in Eva wurde nach und nach so quälend, und das Essen hier konnte sie beim besten Willen nicht vertragen, daß sie auf einen Ausweg verfiel. Geld, das sie sich selber hätte etwas kaufen können, besaß sie nicht, aber sie ging jeden Morgen Milch holen im Dorf, die Milch für die Kinder und für die Alten. Milch, ha, Milch! Wenn sie sah, wie die Bäuerin ihr aus dem Eimer, darinnen es so fett, so frisch gemolken schäumte, in ihre Blechkanne füllte, kam es sie an wie Bier. Wenn sie doch von dieser frischen Milch trinken könnte! Aber sie und die Schwestern tranken ihren Kaffee ohne Milch, die war selbst hier im Dorf zu teuer.

Der Morgenwind, der in Stößen über die Ackerbreiten fuhr und aus der Weite etwas von feuchtem Seewind mit sich brachte, wehte die schwache Gestalt, die notdürftig in ein altes graues Tuch eingeknüpft war, hinter die Hecken. Die waren noch nicht begrünt, aber sie schützten doch. Im schmalen Heckenweg setzte Eva die Kanne an und tat einen tüchtigen Zug. Sie war dann selber erschrocken, wieviel sie getrunken hatte. Was würde Schwester Martha nun sagen? Sie war in Bangen. Es half nicht, sie mußte das Fehlende ersetzen; sie füllte mit Wasser nach. Und so Tag für Tag.

„Ich weiß nicht, wie das kommt, die Milch wird immer miserabler,“ sagte Schwester Martha. „Früher war sie so fett, ich konnte noch immer etwas Wasser zusehen, jetzt ist sie so schon ganz bläulich!“

Schwester Maria wurde ausgeschickt, sich beklagen. In ihrer demütig ergebenen Art machte sie der Bäuerin einige Vorwürfe, aber von einer Verschlechterung der Milch wollte die nichts wissen. Wenn auch die Kühe jetzt noch kein Grünfütter hatten, Heu und Kleie waren noch genug da. Die Milch war gut.

Als Eva das nächstemal mit ihrer Blechkanne kam, sah die Frau sie scharf an; sie hatte oft schon bemerkt, wie gierig das Mädchen aß. „Säufst du auch von der Milch unterwegs, plemperst Wasser nach? Laß dat bliewen!“ Sie hob den Finger.

Aber Eva verneinte empört: wie konnte man von ihr nur so etwas denken? Je mehr sie sich schuldig fühlte, desto erregter wies sie die Beschuldigung zurück.

„No, dann wird die Schwester wohl selber laufen. Sieh einer an, die Frommen!“ Nun war es an der Bäuerin, empört zu sein.

Eva, die innerlich gezittert hatte, war froh, dies aufgreifen zu können, sie ließ die Beschuldigung auf Schwester Martha schieben. Aber als ihr die am Abend, gutmütig wie sie war, und weil Eva heute gar nichts gegessen hatte, einen Schuß übriggebliebener Milch in die Zichorienbrühe tat, war sie sehr gedrückt. War es nicht traurig, daß man, um einen Schluck Milch nachsehen, betrügen, leugnen, verleumben mußte? Sie beschloß, nicht mehr aus der Kanne zu trinken — aber würde sie das halten können?!

Jeden Abend hatte Eva noch ein Weilschen um Mutter Bensch zu tun. Die hatte jetzt wieder ihre Gicht und konnte sich gar nicht mehr rühren. Wasser hatte sie auch. „Ich habe die Reifestiebeln schon an,“ sagte sie mit Frohlocken, denn die Schmerzen waren oft gar zu arg. Jetzt sagte sie nicht mehr Liederverse auf und sang auch nicht. Jetzt ächzte sie nur noch Bibelsprüche und stieß zwischendurch heraus: „Herrgott, erbarme dich! Mein Gott, erlöse mich!“

„Es geht bald zu Ende mit Mutter Bensch,“ sagte Schwester Maria, setzte sich wohl mal zu ihr und sprach ein Weilschen mit ihr über das selige Sterben. Aber sonst war Eva es, die für die Bensch sorgte. Ihr Mitleid war erwacht und auch ihre Neugier: wie mochte es nun wohl weiter werden mit der? Wenn das Wasser zum Herzen steigt, dann ist's aus, dann steht das still — ob das wehtat? Auf ihrem Saal in der Charité hatte keine gelegen, die Wasser hatte.

„Berlaß mich nicht, ehe ich tot bin,“ sagte die Bensch. Sie mochte Eva gut leiden. „Und wenn du siehst, daß ich tot bin, dann greifste unter mich hier ins Stroh, da liegt ein Strumpf, da sind Taler in, zwei harte Taler. Die hat mein Sohn mir geschickt, als er noch von sich hören ließ. Die freu'n mich. Kein anderer soll die nich haben. Die nehm ich mit. Die nimmste solange an dich, verwahrt se. Und wenn ich dann im Sarg liegen tu, dann legste se mir heimlich unter den Kopp. Bist n gute Dirn!“ Sie hatte es unter vielem Wehzen, unter manchem Stoßfußzer mühsam herausgebracht; sie war heute abend sehr schwach.

Es durchzuckte Eva: würde die wirklich bald sterben? Das wäre ein Glück. Dann hätte sie die Stube allein für sich, brauchte nicht mehr zu schlafen in dieser dunstigen Luft — aber würde sie das Zimmer für sich allein behalten? Sicher nicht. Jemand anderes würde zu ihr hingetan, ein anderes altes Weib, das nicht so gut war wie die Mutter Bensch. Sie sahte nach der alten Hand, die jetzt nicht mehr runlig und dürr war, sondern glatt und geschwollen vom Wasser: „Mutter Bensch, Sie wissen doch gar nicht, ob Sie schon sterben. Bleiben Sie doch noch bei mir!“ Sie fühlte sich

plötzlich so einsam, sie hätte selbst den Ekel überwinden können, wenn die nur blieb.

Aber die Greisin schüttelte müde den Kopf: „Ne, Dirn, ich geh nu. Der Totenvogel hat mir schon zweimal geschrien.“ Wenn er zum drittenmal schreit, dann — horch, war das der Totenvogel, der zum drittenmal schrie? Eva fuhr auf aus dem tiefen Schlaf; sie hatte schauerlich geträumt. Ein Ruf vom Bett drüben hatte sie geweckt: „Dirn!“

Die Alte rang schwer nach Atem. „Soll ich die Schwestern rufen?“ fragte Eva. Die Ringende schüttelte verneinend. „Du —“ kifferte sie. Weiteres war kaum zu verstehen, aber Eva erriet es: hier im Stroh die zwei Taler. „Ja, Mutter Bensch, ja!“ Die nahm sie, die Eva, an sich, nahm die zwei Taler. Sie wuschte der Alten den Schweiß ab.

Und dann stand sie dabei und sah zu. Sah, wie ein Mensch stirbt. Verfolgte alle Phasen des Zugrundehens. Sie hatte noch nie jemanden sterben sehen, wohl sehr viele leiden — aber sollte das Sterben nicht noch schlimmer sein? Ihre Augen öffneten sich groß, sie war sehr verwundert: das war ja alles gar nicht wahr, was man so sagte, sterben war längst nicht so schlimm wie leiden. Das Sterben war ja wie ein tiefer Schlaf, in den man wohligh versinkt.

Die Greisin lag jetzt da, still, schon steif, ganz verfunken im letzten Schlaf. Und ohne Scheu streckte Eva die Hand aus, suchte im Bettstroh unter der Toten, fand den versteckten Strumpf mit den zwei Talern. Und nahm sie an sich.

18.
Eva sah im Wagen vierter Klasse. Um sie her war es laut, die Bauern und bäuerlichen Frauen sprachen untereinander mit harten lauten Stimmen, Kinder quarrten und verlangten immerfort zu essen; es war Geräusch und Gequälme genug im Wagen, aber sie fuhr, als sei sie ganz allein. Sie merkte alles das nicht, was um sie war. Sie sah auch nicht draußen nach der Landschaft wie aus dem Herwege, sie sah nur in sich hinein. Und da sah es verfürd aus. Nun würde Schwester Martha doch wohl dahinter kommen, warum die Milch so verwässert war. O, daß sie doch widerstanden und nicht mehr alle Morgen einen Zug aus der Blechkanne getan hätte! Gestern, als sie die Milch ausgab, hatte Schwester Martha kopfschüttelnd, mit eigentümlicher Betonung gesagt: „Nun gib's doch schon Grünfütter für das Vieh. Ich werde lieber den alten Leual nach der Milch schicken.“ Das war doch deutlich gewesen! Die hatte Argwohn, und es war Eva auch, als hätte Schwester Maria sie mit ihren sanften ergebenen Blicken traurig angesehen.

(Fortsetzung folgt.)

in Wahrheit Raab und sei bei ihm als Geschäftsführer tätig gewesen und von einer fabelhaften Reichtümer mit ihm. Als der Vorsitzende dem Angeklagten entgegenhielt, daß doch niemand diesen vermeintlichen Doppeldiener gesehen, noch etwas von ihm gewußt habe, antwortete S. sehr erregt: „Es müßte doch dem Gericht gelingen, diesen Menschen tot oder lebendig hierher zu bringen!“ Darauf der Vorsitzende: „Wir würden ihn in jeder Form nehmen, wenn Sie ihn nur bringen!“ Obwohl es dem Angeklagten in keiner Weise gelang, auch nur einige glaubhafte Angaben über den plötzlich so ganz verschollenen ehemaligen Geschäftsführer zu machen, bequente er sich zu keinem Geständnis. Als nun auch der Schreibfachverständige die beiden Schriften der Entschuldigungsanträge als zweifelhaft von der Hand des S. verfertigt bezeichnete, hatte sich dieser jede mildere Auffassung des Gerichts verlehrt. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate, das Schöffengericht aber erkannte wegen der niedrigen Gefährdung des Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten.

Stadtmedizinalrat Rabnow siebzig Jahre!

Der Berliner Stadtmedizinalrat o. D. Geheimer Sanitätsrat Genosse Dr. Rabnow vollendet heute sein siebzigstes Lebensjahr. Rabnow stand bereits an der Schwelle des Greisenalters, als ihm im Jahre 1921 die Leitung des Gesundheitswesens der durch Zusammenschluss geschaffenen großen Einheitsgemeinde Berlin übertragen wurde. Aus Schöneberg, dessen Gesundheitswesen er bis zur Eingemeindung geleitet und erfolgreich ausgestaltet hatte, brachte er reiche Erfahrungen mit. In diesem Vorort Berlins war er vorher lange Zeit als praktischer Arzt tätig gewesen und hier fand er Gelegenheit, auf dem Gebiet der Sozialhygiene zunächst im Rahmen der privaten Wohlfahrtspflege zu arbeiten. Er bemühte sich um die Veranstaltung gemeinverständlicher Vorträge über Gesundheitspflege und gründete einen Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Schöneberg, dessen Leitung der damalige Schöneberger Oberbürgermeister Wilde übernahm. Schöneberg erhielt dann die erste städtische Auktions- und Fürsorgestelle für Tuberkulose. Von 1906 ab hat Rabnow als Leiter des städtischen Gesundheitswesens von Schöneberg seine ganze Kraft daran gesetzt, die Sozialhygiene zu fördern. Als er anderthalb Jahrzehnte später das Amt des Stadtmedizinalrats von Berlin antrat, war das kommunale Gesundheitswesen durch den Krieg und unter dem Einfluß seiner Nachwirkungen zerrüttet. Rabnow hatte einen harten Kampf zu führen, um in der trüben Zeit fortschreitender Geldentwertung und unausfüllbarer Stadtsäckleere nur den weiteren Rückgang der öffentlichen Gesundheitspflege aufzuhalten. Aber selbst in diesen Jahren der Not konnte er trotz aller Erschwerungen manches, was ihm am Herzen lag, sich verwirklichen lassen. Immer wieder galt seine Arbeit besonders dem Kampf gegen die Tuberkulose, dessen Bedeutung für die Gesundheitspflege der Großstadt er frühzeitig erkannt hatte. So wurde in der Zeit seiner Amtsführung das Tuberkulosefürsorgewesen im Nachstrahle und in der Stadtverordnetenversammlung war der sozialdemokratischen Partei gehörende Sozialhygieniker Rabnow ein unabweisbarer Mann. Die Arbeiterbewegung hatte allen Grund, zu bedauern, daß Genosse Rabnow aus dem Magistratskollegium schon nach nur dreijähriger Tätigkeit auschied.

Zum Raubmord in Briz.

Widersprüche in den Aussagen des verhafteten Schumann.

Immer noch nicht geklärt ist der Raubmordfall, dem, wie wir wiederholt berichtet, der Tabakhändler Wilhelm Wurzel in Briz zum Opfer fiel. Der am 1. Feiertag unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftete 24 Jahre alte Reisende Walter Schumann aus der Donaustr. 100 in Reutheim hat sich bei seinen Vernehmungen immer von neuem in Widersprüche verwickelt, die erkennen lassen, daß man es bei ihm mit einem krankhaften Lügner zu tun hat.

Ueber die Herkunft des Geldes befragt, erklärte er zuerst, daß er von einem Verwandten, der in einem Vorort Berlins wohne, als Weihnachtsgeschenk 100 M. erhalten habe. Der Verwandte gibt dagegen an, daß er Schumann keinerlei Geldgeschenke habe zukommen lassen. Der junge Mensch war in der ganzen letzten Zeit nachweislich so wenig im Besitz von barem Gelde, daß er die Wohlfahrtsvereine in Anspruch nehmen mußte. Seine Mitlingsmahlzeit erhielt er z. B. auf Speisemarken in der Volkshilfe. Daß er mit Bestimmtheit darauf rechnete, am Heiligabend über eine gewisse Summe verfügen zu können, geht daraus hervor, daß er sich mit seiner Braut zu gemeinsamen Besorgungen verabredete. Nachdem ihm die Unwahrheit seiner Erzählungen über die Herkunft des Geldes nachgemessen worden war, hüllte er sich in Schweigen und verweigerte jede weitere Auskunft. Seit jetzt, daß er sich bei Wurzel schon etwa 8 Tage vor dem Fest um den Posten eines Reisenden beworben hat. Er gibt auch zu, daß er am Heiligabend, aber zu einer anderen Zeit, in dem Wurzel'schen Kontor war, um mit dem Inhaber zu verhandeln. Beim Fortgehen habe er dort seine Aktentasche vergessen. Die Ermittlungen ergaben, besaß Schumann in der Zeit vom 21. bis 23. Dezember kein Geld und mußte daher in Lokalen Speisen und Getränke auf Borg nehmen. Am 24. erschien er nachmittags in diesen Schankwirtschaften und bezahlte seine Schulden. Da ihm jedoch ein großer Kredit nicht gewährt worden war, so konnte von Betrunknenheit auch keine Rede sein. Seine Ausrede, er habe seinen Mantel in der Trunkenheit selbst zerissen, wird somit auch hinfällig. Die gleichen unwahren und widerspruchsvollen Angaben macht Schumann über das Verschwinden seiner alten Hose. Sollte jemand diese blaue Hose mit hellen Raubstreifen, die am Arme und am Gesäß gefast ist, finden, so wird er gebeten, sie umgehend bei der Mordkommission abzugeben. Die Obduktion des ermordeten Wurzel ist aus wichtigen Gründen verschoben worden. Es konnte nämlich festgestellt werden, daß die Schädelverletzungen dieselben Merkmale aufweisen wie das Beil, das bei dem Wirt des Schumann gefunden wurde.

Am Interesse der völligen Klärung des Verbrechens ist es daher von größter Wichtigkeit, daß sich alle Personen melden, die in den letzten Monaten mit Schumann in Verkehr gestanden haben und die über seine Lebensführung und seinen Charakter Aufschluß geben können. Alle diese Mitteilungen sind an die Mordkommission Bernburg-Albrecht im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu richten.

Tämon Alkohol.

Bei dem Schöffengericht in Pankow hatte sich der Rutscher Wirt Schatowski wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Schatowski, der wegen desselben Delikts schon mehrfach vorbestraft ist, fuhr am 6. September d. J. gegen drei Uhr nachmittags mit einem Wagen in einem sehr schnellen Tempo durch Buchholz. Da am selben Tage in dem Ort ein Bauernrennen stattfand, waren die Straßen gedrängt voll Menschen und Wagen aller Art. Schatowski, der sinnlos betrunken war, hing halb vom Wagen herunter, schlug aber immer noch auf sein Pferd ein, dieses zu immer schnellerem Lauf antreibend. Mehrmals bestand die Gefahr eines Zusammenstoßes. Schließlich wollte ein Polizeibeamter den Rutscher mit zur Wache nehmen, da er eine Gefahr für die auf der Straße gehenden Menschen war. Sch. lud den Beamten ein, neben ihm auf dem Wagen Platz zu nehmen, fuhr dann aber an der Polizeiwache vorbei und hielt erst wieder vor einem Restaurant, welches er betrat. Als er wieder heraustrat, wollte er sofort weiterfahren, und als der Polizeibeamte ihm daran hinderte, schlug er auf ihn ein. Der Beamte geriet schließlich in

große Bedrängnis, so daß er seine Pistole ziehen und mehrere Schüsse abgeben mußte. Der zweite Schuß traf den Sch. in den Oberkörper. Der Rutscher wurde jetzt völlig rabiat, und mit Schaum vor dem Munde schlug er weiter auf den Beamten ein. Erst durch das Eingreifen eines zweiten Beamten konnte der aufstrebende Szene ein Ende gemacht werden. Während alle Zeugen den Angeklagten als einen Menschen hinstellten, der ohne Faß und Streit nicht leben kann, versuchte Sch. den Unschuldigen zu spielen. Das Gericht hielt aber seine Schuld in vollem Umfange für erwiesen und verurteilte Schatowski zu fünf Monaten Gefängnis.

Eine falsche Anschuldigung.

Phantasien einer verfolgten Unschuld.

Keine alltägliche Angelegenheit, nichtsdestoweniger eine lehrreiche. Ein Nachspiel zum Abtreibungsprozeß des Studienrats H. und seiner Freundin B. Die B. wurde damals zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sie erhielt auch Bewährungsfrist. In der Gerichtsverhandlung hatte sie ausgefragt — schon früher war von ihr diese Behauptung aufgestellt —, daß der vernehmende Kriminalbeamte J. sie unzüchtig berührt habe. In ihrer Erregung habe sie dann ein Geständnis abgelegt, das in Wirklichkeit nicht stimme. Gegen J. wurde das Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Anschuldigung erwies sich als unhaltbar und das Verfahren wurde eingestellt.

Dafür wurde aber gegen die B. Anklage wegen falscher Anschuldigung erhoben. Sie hatte sich jetzt vor dem erweiterten Schöffengericht Charlottenburg zu verantworten. Die Sitzung fand in dem Gebäude des Polizeipräsidiums selbst statt. Das Gericht wollte sich an Ort und Stelle überzeugen, ob nach der Lage des Zimmers eine Situation, wie sie die Angeklagte geschildert hatte, überhaupt möglich war. Es kam zur Ueberzeugung, daß das nicht möglich gewesen war. Auch erkläre die Angeklagte nicht besonders glaubwürdig. So hatte sie in früheren Verfahren erklärt, daß sie vor der Bekanntschaft mit Studienrat H. die Unschuld selbst gewesen sei. In Wirklichkeit konnte sie sich bereits nicht weniger als vier Männerbekanntschaften rühmen. Von dem Studienrat wollte sie im Rausche genötigt worden sein. Auch das traf nicht zu. So durfte man in diesem Fall ihren Anschuldigungen wenig Glauben schenken. Sie hatte auch dem Kriminalkommissar Sommer, der das Ermittlungsverfahren in dieser Sache zu leiten hatte, erklärt, sie wäre schon bereit, die Beschuldigung gegen J. zurückzunehmen. Man habe ihr aber gesagt, daß, wenn sie das täte, sie für die falsche Anschuldigung eine höhere Strafe erhalten könne, als dieses selbst für die Abtreibung der Fall sein würde. Sie wollte ja gar nicht die Strafanzeige machen. Die treibende Kraft dabei sollte Studienrat H. gewesen sein, der durch diese Anschuldigung das Protokoll des Kriminalbeamten J. zu erschüttern hoffte. Auch er hatte sich vor dem Gericht zu verantworten, wurde aber freigesprochen, da man ihm nichts nachweisen konnte, daß er nicht in gutem Glauben gehandelt hatte. Die B. wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die Bewährungsfrist, die sie in der Abtreibungssache erhalten hatte, wurde zurückgenommen und die Gefängnisstrafe, die ihr im ersten Prozeß zuteil geworden war, mit der jetzigen Strafe zu einer Gesamtsstrafe von 9 Monaten zusammengezogen. Eines erkläre dabei nicht ganz verständlich: Warum ließ man die Bewährungsfrist, die sie auf die Abtreibungssache bezog, nicht bestehen? Die falsche Anschuldigung liegt doch wahrlich in einer ganz anderen Linie als die Abtreibung.

Der Verkehr in der Silvesternacht.

Die Berliner Verkehrsvereine haben, wie üblich, für die Silvesternacht einen durchgehenden Betrieb eingerichtet.

Die Straßenbahn unterhält durchgehenden Nachtbetrieb auf den Linien 9 und 74 alle 7½ Minuten, auf der Linie 1 alle 10 Minuten, auf den Linien 65, 69, 72 und 76 alle 15 Minuten, auf der Linie 100 alle 40 Minuten (ab Stahnsdorf 151, 231, 311, 351, 431, 511; ab Madagower Schleife 146, 346 — ab Bahnhof Bichterfeld-Ost 108, 148, 228, 308, 348, 428, 508, 548), auf den Linien 83 und 84 alle 30 Minuten. — Ferner durchgehenden Nachtbetrieb auf Teilstrecken der Linien 11, 15, 23, 27, 36, 41, 44, 44E, 48, 66, 167/67, 98, 99 und verlängerten Nachtbetrieb auf den meisten übrigen Linien.

Auf der Berliner Stadt- und Ringbahn und den Vorortstrecken wird ein Sonderzugverkehr eingerichtet. Die Züge auf der Stadtbahn fahren etwa in Abständen von 20 und die auf der Ringbahn in Abständen von 30 Minuten. Die genauen Fahrzeiten sind aus den Bekanntmachungen auf den Stationen der Stadt- und Ringbahn und den Vorortstrecken ersichtlich.

Auf allen Linien der Hoch- und Untergrundbahn einschließlich der Straßenbahn Warthauer Brücke—Wittenberg wird während der ganzen Nacht der Verkehr ohne Unterbrechung aufrechterhalten. Zwischen den Bahnhöfen Alexanderplatz und Wittenbergplatz verkehren die Züge in Abständen von je fünf Minuten.

Der Neujahrserverkehr.

Zur Bewältigung des stärkeren Neujahrserverkehrs werden nach Ostpreußen folgende Sonderzüge von Berlin gefahren: Radszug Schnellzug D 1 Charlottenburg ab 9.16 vorm., Königsberg an 7.45 nachm., am 31. Dezember und 1. Januar; Radszug Schnellzug D 3 Charlottenburg ab 10.38 nachm., Königsberg an 8.58 vorm., am 31. Dezember, 1. und 4. Januar; Radszug Charlottenburg ab 11.37 nachm., Königsberg an 2.12 nachm., am 31. Dezember und 1. Januar. In der Gegenrichtung verkehren: Radszug Schnellzug D 2 Königsberg ab 8.15 vorm., Charlottenburg an 7.23 nachm., am 1. und 2. Januar; Radszug Schnellzug D 4 Königsberg ab 7.52 nachm., Charlottenburg an 7.07 vorm., am 31. Dezember, 3. und 4. Januar; Radszug Königsberg ab 9.07 nachm., Charlottenburg an 11.07 vorm., am 31. Dezember und 3. Januar. — Am 31. Dezember wird im Anschluß an den Zug D 40 ab Berlin Potsdamer Bahnhof 3.46 nachm. der Perlonenszug Magdeburg—Halberstadt, ab Magdeburg 6.10 abends, verkehren, der wiederum Anschluß nach dem Harz hat. — Der von der Reichsbahndirektion Magdeburg für Sonntagrückfahrkarten freigegebene Zug nach dem Harz, ab Berlin Potsdamer Bahnhof 10.40 vorm., kann zu Neujahr von Berlin aus benutzt werden, wenn die Hinsicht am 1. Januar erfolgt und der Rückende bis 3. Januar nachts 12 Uhr zurückgekehrt ist.

Schwerer Straßenunfall mit tödlichem Ausgang.

Am Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr ereignete sich vor dem Hause Invalidenstr. 92 ein schwerer Straßenunfall, bei dem eine Frau ihr Leben einbüßte, eine zweite schwer verletzt wurde. An der Vordrängelle hielt ein größerer Möbelwagen, hinter dem zwei Damen, die 34 Jahre alte Ehefrau Hedwig Schönbeck aus Wilmersdorf, Gasteiner Str. 11, und ihre Begleiterin, Fräulein Hedwig Dubisl, aus der Ebersstr. 79 in Schöneberg, den Fahrdamm überschreiten wollten. In diesem

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 30. Dezember.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4—6 Uhr nachm.: Jugendbühne, Fortsetzungsstücke, Kasperletheater.
7 Uhr abends: Dr. Franz Leppmann: „Altberliner Silvesterspektakel.“
8.30 Uhr abends: Sendeispiele, Abteilung Schauspiel. Leitung: Alfred Braun. Spielzeit 1925/26, 3. Veranstaltung. „Der Rausch der Sabinerinnen“, Schwank in vier Akten von Franz und Paul von Schönthan. Martin Gollwitzer, Professor; Friederike, Jessen Frau; Paula, deren Tochter; Dr. Neumeister; Marianne, seine Frau; Karl Groß; Emil Groß, genannt Sternock, dessen Sohn; Emanuel Striese, Theaterdirektor; Rosa, Dienstmädchen bei Gollwitzer; Augusta, Dienstmädchen bei Neumeister; Mellner, Schuldiener. Ort der Handlung: Eine kleine deutsche Stadt. Zeit: Gegenwart. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Augenblick nahe eine Kraftdrohke heran, der Chauffeur konnte den Wagen nicht rechtzeitig zum Halten bringen und überfuhr beide Frauen. Frau Schönbeck war sofort tot und wurde von der Polizei nach dem Leichenschauhaus transportiert. Fräulein D. erlitt schwere innere und äußere Verletzungen und fand in der Charité Aufnahme, wo sie bedenklich darniederliegt. Die Schuldfrage ist bisher noch nicht geklärt.

Ein Millionen-Neubau.

Die Märkische Elektrizitätswerk-Aktiengesellschaft beginnt Mitte Januar mit dem Bau eines zweiten Kesselhauses für ihr Kraftwerk Rinkenherd am Brislaw-See. Dieser Neubau wurde durch den großen Stromverbrauch notwendig. Das Stromnetz dieses Kraftwerks erstreckt sich einerseits bis Fürstenuwald an der Spree, andererseits bis Frankfurt an der Oder. Im Kesselhaus sollen acht Kessel zur Aufstellung gelangen; es enthält einen Hauptbunker mit acht Löchern, von denen jede ein Fassungsvermögen von 350 Tonnen besitzt. Außerhalb des Betriebsgeländes werden für die Arbeiter Wohnbaracken errichtet. Bei der Vergebung der Arbeiten rechnet das Werk mit 20 Proz. auswärtige und 40 Proz. ortsanfällige Facharbeiter sowie 40 Proz. ortsanfällige Hilfsarbeiter. Da das Kesselhaus schon im August in Betrieb genommen werden soll, rechnet man mit Arbeiten in mehreren Schichten. Die Kosten des Gesamtneubaus werden auf 4 Millionen Reichsmark veranschlagt.

Das Attentat auf den Gelehrten.

Im Abendblatt des Dienstags berichteten wir über den brutalen Mordfall eines betrunkenen Halenkreuzlers auf einen 74jährigen Gelehrten an der Gedächtniskirche. Der Rausch, der sich mit solchem Elan an einem Kreis vergriff (der Gelehrte mußte von Passanten nach einer Rettungsstation geschafft werden), wurde durch Betreiben eines dazukommenden Chauffeurs inhaftiert und zur Wache Marburger Straße gebracht. Selbstverständlich ist die schwere Ausschreitung des sinnlos betrunkenen Rauschlers nicht zur Kenntnis der zuständigen Stellen im Polizeipräsidium gelangt. Das Pressebüro im Präsidium weigert sich, uns auf unseren Anruf hin seine Angaben in der Affäre machen. Hat der betreffende Polizeibeamte das Attentat nicht protokolliert? Wie uns das Polizeipräsidium mitteilt, ist in der Angelegenheit eine Untersuchung eingeleitet worden.

Huster's Wuchergeschäfte.

Der ehemalige Justizobersekretär Huster, der, wie wir erinnert, die Gerichtskasse Mitte durch seine Unterschlagungen vor dem Schöffengericht Mitte in einer neuen Gestalt, nämlich auch als Wucherer überliefert wurde. Die verurteilten Gelder hatte er nicht bloß mit seinen Freundinnen und auf der Rennbahn zurückerbracht, sondern teilweise auch zinstragend angelegt. So hatte er ein Darlehen von 1000 M. ausgeliehen und sich nicht weniger als 70 M. für die Wache Zinsen zahlen lassen. Als seine Verfehlungen herauskamen und man auch auf das ausgeliehene Geld die Hand legen wollte, trat eine seiner Freundinnen, die geschiedene Gertrud Tr. bei einem Notar mit einer eidesstattlichen Versicherung auf, daß es ihr eigenes Geld sei, das sie ausgeliehen hätte. Huster hatte sich ihrer für seine Geldgeschäfte als Mittelsperson bedient. Nun hatte sich Gertrud Tr. wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu verantworten, und sie gab zu, daß sie das auf ihre Anweisung ihres Freundes Huster getan habe, ohne sich etwas dabei zu denken. Das Gericht berücksichtigte auch, daß sie ein Opfer des verbrecherisch gesinnten Huster geworden sei, der auf sie einen verberlichen Einfluß ausgeübt habe. In Stelle der an sich verweirten Gefängnisstrafe von 2 Monaten erkannte das Gericht gegen die Angeklagte auf 300 M. Geldstrafe. Sie nahm das Urteil auch sofort an.

Feuer in einer Holzgroßhandlung.

Gestern abend gegen 1¼ Uhr kam auf dem Platz der Firma Gebr. Opwis, Holzgroßhandlung und Sägewerk, Alt-Stralau 36/37, ein großes Schadenfeuer zum Ausbruch. Auf den Alarm „Mittelfeuer“ eilten vier Löschzüge an die Brandstelle. Bei dem Eintreffen der Wehren stand das Dach des Kesselhauses sowie Holzvorräte in hellen Flammen. Die Feuerwehr ging mit einem B- und fünf C-Röhren gegen den Brandherd vor. Nach etwa einstündiger Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Der Inhalt des Kesselhauses konnte zum größten Teil gerettet werden. Die Aufräumarbeiten zogen sich bis nach 9 Uhr abends hin. Die Entstehungsurache ist bisher noch unbekannt.

Verkehrszwang.

Trotz der Warnungen und polizeilichen Strafandrohungen kann sich das Publikum doch nicht daran gewöhnen, den Strahendammt gradlinig d. h. im rechten Winkel zum Bürgersteig zu überfahren. Ohne sich um die Warnungen der Verkehrsbeamten zu kümmern, wird immer wieder versucht, von dem Platz vor dem Café Jolly auf den Potsdamer Platz nach der Leipziger Straße zu überfahren. Um dies unmöglich zu machen, wird jetzt am Rande des Bürgersteiges und des Strahendamms vor dem Café ein etwa 90 cm hohes, starkes eisernes Gitter aufgestellt. Die Passanten sind dadurch gezwungen, direkt an den Ecken des Strahendamms in der Potsdamer oder Wellebuesstraße zu überqueren.

Bei der Stadtratswahl im Bezirk Kreuzberg wurde, wie uns ergänzend mitgeteilt wird, auch Gen. Hegelsold zum unbesoldeten Stadtrat gewählt.

Ein jugendlicher Räuber. Bekanntlich war vor einiger Zeit in der Kirsche der Rathskirche in Steglitz in ziemlich trecher Weise ein Raubüberfall verübt worden, wobei dem Räuber nahezu 1000 M. bares Geld in die Hände fiel. Bald darauf wurde der Räuber in der Person eines erst 21 Jahre alten Zuschneiders Hugo Brandt gefaßt. Es war derselbe, der kurze Zeit vor dieser Tat einen Heberfall auf die Hofe der Filmschauspielerin Boettlin verübt hatte. Wegen dieser beiden Straftaten wurde Brandt jetzt zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Berliner Städtische Gaswerke Akt.-Ges. teilt mit: „Die Bureau und Kassen der örtlichen Geschäftstellen der Berliner Städtische Gaswerke Akt.-Ges. bleiben am Sonnabend, den 2. Januar 1926, für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.“

Englischer und französischer Unterricht. Im Januar beginnen neue Anfangskurse für Kinder (Nachmittagsunterricht) und für Erwachsene (Abendunterricht). Anmeldungen vom Montag, den 4. bis Freitag, den 8. Januar, von 5 bis 8 Uhr bei Genossin Heß, B. 50, Spichernstr. 16, Gartenhaus 3 Tr. (Untergrundbahn, Nürnberger Platz). Teilnehmer mit Vorkenntnissen können jederzeit Mittel, bzw. Oberforten beitreten. Anmeldung auch schriftlich. Sprachschule für Proletariat.

Der Tamnutsch bei Frankfurt a. d. O.

Die Wiederherstellungsarbeiten sind in vollem Gange. Sie sind jedoch so schwierig, daß der Zugverkehr erst bis nach 7 Tage unterbrochen sein wird. Unterdessen erfolgt die Umleitung der durchgehenden Züge über Rührin, während der Lokalbahnverkehr durch Penitzsch aufrecht erhalten wird.

Eine Friedrich-Ebert-Straße in Hamburg. Der Senat hat beschlossen, zum ehrenden Gedächtnis des ersten deutschen Reichspräsidenten die im Stadtteil Neustadt-Nord gelegene Ringstraße Friedrich-Ebert-Straße zu benennen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Wetterhinw. mild, kühl und regnerisch. — Für Deutschland. In ganz Deutschland Fortdauer der milden Witterung. Im Norden allmählich Regen.



STADT DES VORWARTS

BEILAGE

Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

Nachdem am Freitag, den 11. Dezember 1925, die Einführung der neu gewählten Bezirksverordneten erfolgt war, fand am 16. d. M. im Bezirk Mitte die erste Bezirksverordnetenversammlung statt. Die Wahl des Vorsitzers sowie der Stellvertreter wurde durch die Übereinstimmung der bürgerlichen Parteien unangefochten so lange hinausgezogen, sodass zur reiblosen Erledigung der Tagesordnung schließlich keine Zeit vorhanden war. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Riefe und zu Stellvertretern Dr. Beese (Dnat. Bp.) und Bachmann (KPD), zu Beisitzern und Stellvertretern Frau Bollstein (SPD), Winkel (Dnat. Bp.), Wille (SPD) und Georg Schmidt (KPD) gewählt. Die Ausschüsse und Deputationen wurden in der bisherigen Stärke zusammengefasst. Eine lebhaft debattierte Antragsliste wurde dem Rat vorgelegt. Die bürgerlichen Parteien bestritten diese Anträge nicht, konnten sich aber nicht für den Antrag entschließen und stimmten dagegen. Ein weiterer Antrag, der die Freilassung des inhaftierten Bezirksverordneten Kohl (KPD) forderte, konnte wegen Herbeiführung der Beschlussfähigkeit durch die bürgerlichen Parteien nicht erledigt werden.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

Am 14. Dezember fand die erste Bezirksverordnetenversammlung nach den Neuwahlen statt, in der die Mitglieder eingeführt und vom stellvertretenden Bürgermeister Gen. Fröhlich verpflichtet und die Wahl des Vorstandes vorgenommen wurde. Als Vorsitzender wurde Gen. Kemnitz mit 55 von 59 abgegebenen Stimmen wiedergewählt; als Stellvertreter wurde der Kommunist Dörner gewählt. Auch die anderen Wahlen zum Vorstand entsprachen dem Stärkeverhältnis der Parteien. In der zweiten Versammlung am 18. Dezember wurden die Wahlen der Mitglieder, ihrer Stellvertreter und Bürgerdelegierten zu den ständigen Ausschüssen, den Kommissionen, Deputationen usw. vorgenommen. Auch bei diesen Wahlen war das Stärkeverhältnis der Parteien entscheidend, desgleichen bei der Wahl der unbesoldeten Stadträte. Es wurden hierzu gewählt: die Genossen Meyer, Gürtne und Schenk; von der KPD, Degner, der Dnat. Bp. Gardemin und der DDP, Flieth. Zur Vorbereitung der Wahl eines Bürgermeisters wurde ein Ausschuss ernannt, dem auch die Prüfung der Wahl eines zweiten Bürgermeisters übertragen wurde. Eine Anfrage der Dnat. Bp., in der um Aussetzung gebeten wurde, wer die Märkte in der Wicherstraße und Prenzlauer Allee verpachtet habe, und in der auf ein Gerücht verwiesen wurde, nach dem die Pächter aus dem Standgeldern einen monatlichen Verdienst von 3500 M. haben sollen, erregte große Heiterkeit, nachdem vom Vertreter des Bezirksamts berichtet wurde, dass der Verdienst noch wesentlich höher sei, dass aber nicht das Bezirksamt verpachtet, sondern Privatkapitalisten, und dass an einem der verpachteten Grundstücke sogar eine Kirchengemeinde beteiligt sei. Vorträge über Bewilligung von Mitteln für die Weihnachtserleichterung bedürftiger Kinder und zur Fortführung des Speiseheims für tuberkuloseverdächtige Kinder fanden nach dem vom Bezirksamt gemachten Vorschlägen Annahme. Auch eine Vorlage zur Bewilligung von Mitteln für Ausführung von Arbeiten im Bezirksamt fand Annahme. Zu einem Dringlichkeitsantrag der KPD, betreffend Bereitstellung von Mitteln zu besonderen Beschlüssen Unterstützungsberechtigter, wurde auf die am Tage zuvor in der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschlüsse verwiesen und der Antrag damit als erledigt angesehen. Zur Nachprüfung der Geschäftsordnung wurde eine Kommission gewählt.

8. Bezirk — Spandau.

In der ersten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung gedachte Bürgermeister Stritte des verstorbenen Stadtverordneten, Genossen Max Walter und würdigte die unparteiische Geschäftsführung des Vorsitzers der alten Bezirksverordnetenversammlung, des Genossen Hartung. Er verpflichtete darauf die vollständig erschienenen Bezirksverordneten. Der Alterspräsident Bander (Dnat.) übernahm die weitere Geschäftsführung. Die Kommunisten stellten auch hier ihren Dringlichkeitsantrag bezüglich der Erwerbslosen. Dem Antrag wurde nicht widersprochen und ein Ausschuss zu seiner Beratung gewählt. Genosse Münzinger wurde als 1. Vorsitzender unter Zustimmung des ganzen Hauses als Vertreter der stärksten Fraktion gewählt. Bei der Wahl des Stellvertreters schlug der Kommunist Selheim seinen Genossen Mühl vor. Von der Rechten wurde der Bezirksverordnete Bleichmann (D. Bp.) vorgeschlagen, da die „Freie Vereinigung“ mit 17 Stimmen die zweitstärkste Fraktion ist. Die SPD. gab weisse Zettel ab. Bleichmann wurde gewählt. Als Schriftführer und Beisitzer wurden noch gewählt: Mühl (KPD), Reichert (Soz.), Frau Kemplens (Soz.). Der Vorstand legt sich also zusammen aus 3 Sozialisten, 1 Deutsche Volkspartei und 1 Kommunisten. Bei der Wahl der unbesoldeten Stadträte hatten Rechte, Mitte, SPD. und Kommunisten eigene Kandidatenlisten aufgestellt; die Listen der SPD. und KPD. waren verbunden. Bei der Wahl wurden abgegeben: 17 Stimmen für die Freie Vereinigung (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei), 8 Stimmen für die Mitte (Zentrum, Demokraten), SPD. 19, KPD. 6 Stimmen. Die abgegebenen Stimmen stimmten mit der Stärke der einzelnen Fraktionen überein. Durch diese Stimmabgabe erhielten die SPD. 2 Stadträte, die Genossen Adolf Guth und Fritz Bergemann, die Rechte erhielt gleichfalls zwei. Mitte und KPD. gingen dabei leer aus. Die Wahl der Mitglieder in die Ausschüsse und Deputationen wurde nach der Stärke der einzelnen Fraktionen nach dem daraus gewonnenen Schlüssel vorgenommen.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

Die neu gewählte Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Wilmersdorf trat am Mittwoch, den 16. Dezember, zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Nach der ohne viel Zeitverlust vorgenommenen üblichen Einführung und Verpflichtung der Mitglieder sowie der Wahl des Vorstandes begann die Beratung des sachlichen Teils der Tagesordnung. Die Vorbereitung der Wahlen von Mitgliedern der Deputationen und unbesoldeten Bezirksamtsmitgliedern wurde dem neu gewählten Bezirksausschuss übertragen. Bei der ersten Lesung der Vorlage betr. Bedarfsübersicht für den Bezirkshaushalt 1926 betonte der Vorsitzende des Bezirksamts, dass die geforderten Mittel nur das notwendige Maß dessen darstellen, was zur Erfüllung der dringlichsten kommunalen Aufgaben erforderlich sei, dass von der Zentralverwaltung Abstriche zu gemässigten seien, und er ließ hierbei einfließen, dass Wilmersdorf, wenn der Ort noch wie früher eine Gemeinde mit selbständiger Finanzgebarung wäre, nach Veranschlagung der geforderten Summen noch einige Millionen Uebererschuss aufweisen würde. Unser Redner, Genosse Lüdemann, wies überzeugend nach, dass die Einheitsgemeinde Groß-Berlin nicht mehr zu erschüttern sei, ferner, dass für einen großen Teil der Bevölkerung, namentlich der arbeitenden Schichten, ein bestimmter

Wohnbezirk innerhalb Groß-Berlins immer nur für einen bestimmten Zeitabschnitt in Frage käme, da sie oft verzögert. Daher würden die vorteilhaften Finanzverhältnisse des Bezirkes, in dem sie zufällig wohnen, in ihrer Auswirkung für sie oft illusorisch werden. Vor allem aber sei der Gedanke unerträglich, dass ein zufällig mit wohlhabenden Bewohnern „beglückter“ Bezirk kommunal wirtschaftlich besser gestellt sei, als Bezirke mit wirtschaftlich schwächerer Bevölkerung innerhalb der einen großen Stadtgemeinde. Er kennzeichnete die vielen Unterlassungsfälle der Vorzeugszeit in Wilmersdorf auf dem Gebiete der Wohlfahrts-, Jugend- und Gesundheitspflege, deren Wiedergutmachung nun in der Zeit wirtschaftlicher Not um so größere Ausgaben erheische. Ähnlich kritisch äußerten sich die demokratischen und kommunistischen Redner, während die Vertreter der Rechtsparteien die wohl begründete Kritik vergeblich durch verlegene Reden abzuwehren versuchten. Die Abholzung eines Stückes Dauerwald am Grünwaldsee zugunsten eines Tennisplatzes für den feudalen Klub „Blau-weiß“ löste allseitig scharfen Protest aus, leider zu spät. Bei unserem Antrage auf Bereitstellung ausreichender Mittel zur Winterbeihilfe für alle Bedürftigen wetteiferten alle Parteien in der Betonung ihres Rückfühls und der Hilfsbereitschaft für die Kollektiven unseres Bezirkes. Ja, die Deutschnationalen steigerten ihr soziales Empfinden sogar zu einem Ergänzungsantrage auf Einsetzung eines ständigen Ueberwachungsausschusses für diese Bedürftigenfürsorge (!), der dann auch mit unserem Antrage angenommen wurde. Jedenfalls löst der Verlauf dieser ersten Bezirksverordnetenversammlung die Hoffnung begründet erscheinen, dass eine gewisse Verschiebung in dem Wahlausfall auch nach Wilmersdorf, einer Hochburg der Reaktion, einen frischen Luftzug hineinwehen werde.

11. Bezirk — Schöneberg.

Die erste Sitzung der neuen Bezirksverordnetenversammlung Schöneberg wurde durch Bürgermeister Berndt eröffnet. Seine Ausführungen, die die hinreichend bekannten Merkmale deutschnationaler Agitationsmethoden erkennen lassen, dürften die von ihm als erstrebenswert bezeichnete Zusammenarbeit zwischen dem Berliner Magistrat und dem Bezirk Schöneberg nicht fördern. Zum Vorsitzenden wurde der deutschnationale Bezirksverordnete Evers mit 53 von 59 abgegebenen Stimmen, zu Stellvertretern unser Genosse Flatau einstimmig durch Jurauf und der Bezirksverordnete Dr. Leuser (D. Bp.) mit 52 von 58 abgegebenen Stimmen gewählt. Letzterer war bisher Bezirksverordnetenvorsteher, wurde aber für diesen Posten von seinen deutschnationalen Freunden nicht mehr als würdig erachtet, nachdem nach der Dezimierung der Volkspartei das politische Liebesverhältnis zwischen ihr und den Deutschnationalen gelöst worden war. Der Hauptinhalt der Verhandlungen, die — eine Sesseltour für Schöneberg — vier Stunden dauerten, bildete eine Erwerbslosendebatte. In dieser unterstrich der Fraktionsvorsitzende der SPD., Genosse Czerninski, die berechtigten Wünsche der Erwerbslosen, die in sehr großer Zahl auf der Tribüne anwesend waren. Er betonte auch die Notwendigkeit, durch Entscheidungen der Bezirksverordnetenversammlung die von der Berliner SPD.-Fraktion veranlasseten Maßnahmen des zentralen Magistrats nachdrücklich zu unterstützen. Ein entsprechender Antrag wurde einstimmig einem Ausschuss zur Spezialberatung überwiesen. Genosse Wendi wandte sich dann noch als Begründer einer Anfrage gegen die aus pädagogischen und sachlichen Gründen zu verurteilende Heranziehung von Schulkindern zu Straßenjammlungen. Die Antwort des Bürgermeisters Berndt war höchst unbefriedigend. Nach der Wahl einiger ständiger Ausschüsse wurde die Bezirksverordnetenversammlung bis Mitte Januar vertagt. In der ersten Januarungang werden die Haushaltsberatungen beendet und die Wahlen vorgenommen werden, u. a. auch die der unbesoldeten Stadträte.

12. Bezirk — Steglitz.

Die erste Bezirksverordnetenversammlung des Steglitzer Bezirkes nahm die Wahl des Vorsitzers vor. Es wurden drei Kandidaten präferiert: von den Deutschnationalen Stadtr. Bunge, von der Volkspartei Stadtr. Schwarz, von den Kommunisten Stadtr. Marquardt. Schwarz (D. Bp.) wurde gewählt. Genosse Feinig wurde 2. Vorsitzender. Die Beisitzer wurden von den vier stärksten Parteien gestellt. Nach Erledigung einiger weiterer Wahlen kamen zwei kommunistische Dringlichkeitsanträge über Erwerbslosenfragen zur Beratung, deren Dringlichkeit nicht widersprochen wurde. Es wurde gefordert, daß jedem Erwerbslosen 100 M., jeder Frau 50 M. und jedem Kinde 25 M. noch vor Weihnachten zu zahlen seien. Weiter wurde Beschaffung von Notstandsarbeit verlangt, die zum Lohne zu entlohnen sei und die die Gemeinde in eigener Regie ausführen sollte. Weiter wurden als Erwerbslosenfürsorge 80 Proz. des Tariflohnes und Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung gefordert. Bezirksrat Engel (Wirtsch. Vereinig.) entriß sich über die Forderung, daß die Arbeiten in eigener Regie ausgeführt werden sollten. Auf diese Arbeiten hätten die Gewerbetreibenden ein Recht. Der Bezirksbürgermeister führte aus, daß das Bezirksamt keine Möglichkeit zur Hilfe habe und verwies auf die Gesetzgebung und die Stadtverordnetenversammlung. Man hätte erwarten dürfen, daß er stärker hervorheben würde, was tatsächlich bisher bereits geschehen ist und daß ein Teil der Forderungen bereits durch Magistratsbeschlüsse erfüllt ist. Die Kommunisten hatten also auch gleich die nötigen Anhaltspunkte und benutzten die Versammlung für ihre Agitation. Die Tribüne war während der Verhandlungen äußerst unruhig. Schließlich beantragte Genosse Klose Ausschussberatung. Diese wurde endlich auch gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Darauf benachrichtigte sich der Zuhörer auf der Tribüne eine heftige Erregung, die sich in Ausrufen wie: „Begrüßung 1. Klasse. Wir haben Hunger. Vollgefressene Bäume usw.“ lebhaft Luft machten. Es ist selbstverständlich, daß unsere Genossen alles Mögliche tun werden und tun müssen, um den Erwerbslosen zu helfen, denn die Not steigt ständig, und die geringe Hilfe, die bisher gegeben wurde, muß die Erwerbslosen erbittern.

15. Bezirk — Treptow.

Die letzte Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Treptow war nach Erledigung der von der alten Versammlung übernommenen kommunistischen Agitationsanträge sehr arbeitsreich. Wie auch in anderen Versammlungen hatten die Kommunisten ursprünglich ihre Sorge für die arbeitslosen Volksgenossen entdeckt. Erhöhung der Unterstützung, Lieferung der Brennmaterialien, der Kleidung usw. beantragten sie, außerdem führten sie Beschwerde über die Behandlung von Arbeitslosen in der Erwerbslosenfürsorge. Genosse Bürgermeister Grunow ging eingehend auf die kommunistischen Anträge und auf die vorgebrachte Beschwerde ein. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung erklärte er, daß jeder vom Bezirksamt solange anständig behandelt werde, auch wenn er Kommunist sei, als er sich den Beamten und Angestellten der Erwerbslosenfürsorge gegenüber anständig benimmt. Genosse Becker rechnete mit der KPD. ab. Nur wenn die Tribünen voll besetzt sind, dann finde die KPD.-Fraktion große Worte, sonst und in den Ausschusssitzungen schweigen sich die Kommunisten aus, wenn sie nicht vorziehen, überhaupt nicht zu erscheinen. Im Ausschuss, der sich mit den Anträgen beschäftigte, hat der KPD.-Vertreter sich in jeder Beziehung mit den

Ausführungen der sozialdemokratischen Stadträte einverstanden erklärt. Genosse Strieder beleuchtete die Anträge vom Standpunkt der Stadtverordnetenversammlung. Der Vorsteher, Genosse Schneider, erklärte den Kommunisten und den Tribünenbesuchern, daß sie sich noch so räuspeln benehmen könnten, den Gefallen würde er ihnen doch nicht erweisen, die Tribüne durch Polizeiräumen zu lassen. — Nach stundenlangem Debatte wurden die Ausschussanträge einstimmig angenommen; auch die Kommunisten stimmten für die Ausschussanträge. Von den Gewerbetreibenden in Oberschöneweide war in einer Petition über die Wochenmärkte Klage erhoben. Genosse Schneider betonte, daß die Fraktion kein Interesse habe, Wochenmärkte gar nicht oder eingeschränkt stattfinden zu lassen. Die Wochenmärkte seien ihrer Aufgabe, preisregulierend zu wirken, in vollem Umfange nachzukommen. Die Bequemlichkeit zu wirken, in vollem Umfange nachzukommen. Die Bezirksverordnetenversammlung beschloß, die Straße 83 in Baumgärtenweg Albin Gericht war lange Jahre ehrenamtlich im Kommunaldienst in Treptow tätig. Die Bezirksverordnetenversammlung genehmigte die endgültigen Entwürfe und Kostenanschläge für den Neubau eines Feuerwehrdienstgebäudes in Niederschöneweide. Die Mittel für Errichtung von Schulzimmern in Oberschöneweide und Adlershof wurden zur Verfügung gestellt. Die Bezirksverordnetenversammlung stimmte dem Plan zur Erweiterung des Friedhofes an der Kiehlstraße zu. Mit der Anschaffung eines Lastkraftwagenzuges für den Bezirksfuhrpark war die Versammlung einverstanden. Für den Straßenzug Treptower Chaussee, Alt-Treptow, Neus-Krug-Allee wurde die Einrichtung einer elektrischen Mittelbeleuchtung beschlossen. Ferner wurde beschlossen, den privaten Wochenmarkt in Oberschöneweide, Wilhelminenhofstraße 80/81, ab 1. Januar 1926 in die Verwaltung des Bezirkes Treptow zu übernehmen.

17. Bezirk — Lichtenberg.

Die erste Bezirksverordnetenversammlung wählte durch Jurauf wieder den Gen. Gustav Tempel zum Vorsitzenden, als Stellvertreter Rehberg (Komm.). Bei der Wahl zum 2. Stellvertreter war Zettelwahl notwendig; gewählt wurde Riesebradt (Dem.). Durch Jurauf wurde zum Schriftführer Gen. Gronwald, zu Stellvertretern wurden Ponsong (KPD.), Weiser (KPD.), Otto (D. Bp.) bestimmt. Bei der Wahl zum Wahlauschuss wurden 47 Stimmentzettel abgegeben, für Thurm (Soz.) 18, Kowalle (KPD.) 13, Zimmermann (Dnat.) 10, Besete (Mitte) 6 Stimmen. Die Listen Thurm und Kowalle waren verbunden. — Der Vorsitzende Genosse Tempel gab bekannt, daß der Oberpräsident die Wahl des Stadtrats Stimmgang zum Bürgermeister des Bezirksamts Lichtenberg nicht bestätigt habe. Die Aussprüche hierüber, sowie über Maßnahmen des Bezirksamts zur Verringerung der Not der Erwerbslosen wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

In der zweiten Sitzung wurde die Wahl von sechs unbesoldeten Stadträten vorgenommen. Gewählt wurden unsere Genossen Weich und Klüfener, von der KPD. Torgler und Mauritsch, Landshulz (Dnat.) und Köhler (Dem.). — Eine große Debatte rief eine Vorlage des Bezirkes betr. Maßnahmen zur Verringerung der Wohnungsnot im Verwaltungsbezirk Lichtenberg hervor, die Genosse Stadtrat Wöhe begründete.

Die Vorlage, in der gefordert wird, 500 Neubauwohnungen jährlich in den nächsten 5 Jahren zu errichten, wurde einstimmig angenommen. Den größten Raum füllte die Aussprache über einen Antrag der Sozialdemokratie aus, der praktische Vorschläge für die Beschäftigung von Arbeitslosen zu tariflichem Lohn innerhalb des Bezirkes enthielt. Gen. Rämig begründete diesen Antrag. Engler (Dnat.) und Besete (Wirtschaftspartei) stimmten ebenfalls zu, bemängelten aber den geforderten Wohnungsbau in eigener Regie und beantragten Streichung dieser Worte. Die KPD. stellte Zusatzanträge, die mit den Stimmen der Linken angenommen wurden. Bei diesen Verhandlungen beteiligte sich die Tribüne durch Zwischenrufe, und es war interessant zu sehen, wie sich der Vorsteherstellvertreter Rehberg (KPD.) vergeblich bemühte, die von seiner Partei geforderten Geister zu beschwören. Der Antrag wurde schließlich unter Ablehnung des Streichungsantrages einstimmig angenommen. — Es folgte die Aussprache über die Nichtbeschäftigung der Wahl des Gen. Stimmgang zum Bürgermeister. Hierzu lag ein vom Gen. Thurm vertretener Antrag der Sozialdemokraten vor, in dem energisch gegen diesen ungerechtfertigten Eingriff in die Selbstverwaltung protestiert wird und vom Minister eine Korrektur dieses Beschlusses erwartet wird. Riesebradt (Dem.) beantragte, den Oberpräsidenten um Angabe der Gründe der Ablehnung zu ersuchen. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen. — Bei der Besprechung einiger Dringlichkeitsanträge der KPD.: Hilfe für Kriegsooper usw., entspann sich eine „Debatte“debatte. Auf Anfrage gab der Vorsitzende bekannt, daß an Vorbehaltsmitteln noch etwa 5000 bis 6000 M. vorhanden seien. Gen. Thurm wies nach, wie unsinnig es ist, Anträge zu stellen, die 270 000 M. erfordern, trotzdem die KPD.-Vertreter wissen, daß kein Geld im Bezirksamt ist. — Lech (KPD.) wollte, daß die Mittel von Berlin angefordert werden und versprach, hierfür Steuern bewilligen zu lassen. Gen. Thurm bemerkte dazu, daß, wenn auch die Stadtverordnetenversammlung entsprechende Beschlüsse, zu einem solchen Beschluß die Zustimmung des Magistrats notwendig sei, und der ist — dank der kommunistischen Abbaufakt — jetzt in der Mehrheit bürgerlich und wird daher einem derartigen Beschluß niemals beitreten. Inzwischen hatte die Rechte mit Ausnahme einiger Horstposten das Haus verlassen.

19. Bezirk — Pankow.

Mit der hier schon fast am bemerkenswerten Bergabgang aller parlamentarischen Begriffe begann die neue Bezirksverordnetenversammlung ihre Tätigkeit. Die SPD. ist mit ihren 14 Vertretern die stärkste Fraktion. Sie nimmt natürlich nach allem parlamentarischen Gebrauch das Recht, den Vorsitzenden der Versammlung zu stellen, für sich in Anspruch. Vorge schlagen wurde unser Genosse Kubla, von den Deutschnationalen der Landtagsabgeordnete Hurtaen. Beide Kandidaten erhielten 21 Stimmen. Das Los entschied für Hurtaen. Gegen die ausgesprochenen Rechtspartheiler kam man keinen Vorwurf erheben. Sie sind alte Gegner des Parlamentarismus und kleben sich damit durchaus treu. Wo bleiben aber vor allem die Demokraten? Im Wahlkampf haben sich die Deutschnationalen mit den Demokraten auf das grimmigste bekämpft und gaben bei jeder Gelegenheit ihrem gegenseitigen Haß den deutlichsten Ausdruck. Als es galt, hier demokratische Rechte zu verteidigen, und ordneten sie sich dem Willen der Republikaner unter. Genosse Amberg kennzeichnete das Verhalten dieser Demokraten und erklärte, daß die SPD. sich nicht weiter an der Besetzung des Vorstandes beteiligen werde. Die KPD. dagegen entsandte sogar ihren Fraktionsvorsitzenden in den Vorstand. Wären die Mitglieder der KPD. alle anwesend gewesen, hätte die Linke die Mehrheit gehabt. Anträge der SPD. und KPD., die zu der großen Notlage Stellung nehmen sollten, wurden der Versammlung vorgelegt. — Genosse Löwener schilderte die Not der Erwerbslosen, besonders der Ausgesteuerten, aber auch der Kurzarbeiter. Die Anträge der SPD. und KPD. wurden angenommen. — Am erfolgte die Wahl der unbesoldeten Stadträte. Unsere Liste war mit der der Kommu-

Illusionen der Indexziffern. Eine notwendige Erwiderung.

Wichtig veröffentlicht das „Magazin der Wirtschaft“ (der frühere „Blitz“) oberflächliche Bemerkungen über die Grundlagen der Reichsindexziffern, die in recht einseitigen Vorurteilen gegen die Gewerkschaften angelehnt. So hieß es beinahe politisch-anthropologisch, daß die Gewerkschaftsvertreter in der Indexkommission eine Streifung der Öffentlichkeit bedenklich und für die Gewerkschaftsmittel nicht unerhebliche Schäden verursachen. Wie selbstverständlich muß es erscheinen, daß die „Rote Fahne“ auf dieses Giftwort hin entsprechende Artikel von sich gibt.

Eine häufige Ursache zur kritischen Betrachtung der amtlichen Teuerungsberechnung ist der bei einfachen Vergleichen deutlich sichtbare Widerspruch zwischen den Tatsachen der sozialen Not und der schmalen Veränderung der Teuerungskurve. Die positive Kritik wird dies vermeiden, sie sucht die Irrtümer zu finden, appelliert dabei verständlicherweise an Helfende, die den Willen haben, ihre Korrekturen durchzuführen. Dazu werden die Gewerkschaftler ziemlich regelmäßig eingeladen, zum mindesten auf die Antikagebank. Das „Magazin der Wirtschaft“ jagte das nach seiner Auffassung Rotwendige kürzlich so:

„Die Mängel bei der Berechnung des Lebenshaltungsindex sind um so verwunderlicher, als deren Feststellung durch eine Kommission erfolgt, in der auch Vertreter der Gewerkschaften mitarbeiten. Auf diese Weise deden diese Organisationen eine Irreführung der Öffentlichkeit, die für ihre Mitglieder nicht unerhebliche Schädigungen im Gefolge hat.“

Die „Rote Fahne“ baute auf der Kritik des „Magazin“ zwei Leitartikel ihres volkswirtschaftlichen Teiles auf, man wird nicht erwarten, daß dabei die Gewerkschaftler weniger dornröschenhaft behandelt wurden. Es heißt dort etwa, daß es die historische Schuld der Gewerkschaftsleitungen sei, daß jene aus der Kritik des „Magazin“ erwiesenen Auswirkungen der Indexfälschungen das Proletariat treffen.

Jede Kritik, ob auf der Bioline oder auf der Banke begleitet, verdient größte Aufmerksamkeit. Deswegen seien hier die Unterlagen des „Magazin“ untersucht; einige grundsätzliche Bemerkungen zum Lebenshaltungsindex sollen dann angefügt werden.

Bei der Indexreform im Winter 1924/25 ist von den Gewerkschaftsvertretern der Indexkommission auf die Nachprüfung der Ausgangsziffern der Teuerungszahlen das größte Gewicht gelegt worden. Es handelte sich dabei für den deutschen Durchschnitt um 3193 Zahlen. Auf unseren Wunsch wurden im besonderen für die Kosten der Bekleidung von uns benannte Spezialfachverständige zugezogen. Sie haben nicht nur die derzeitigen und die Vorkriegspreise nachgeprüft und neu festgelegt, um alle Irrtümer auszufleischen wurden z. B. für Textilprodukte sogar die einzelnen Warenqualitäten — in Stoffproben — neu festgelegt. Die amtlichen Erhebungen und Nachkontrollen erfolgten sämtlich an Hand dieser Unterlagen. Für die Lebensmittelpreise und die sonstigen Grundpositionen des Lebenshaltungsindex hatten wir nicht nur die amtlichen sondern auch unsere eigenen Unterlagen.

Bei jener Nachprüfung hat sich herausgestellt, daß im besonderen für die Ausgangsziffern der Bekleidung erhebliche Korrekturen zu machen waren, für die Lebensmittelpreise ist es, da die Tatsachen nichts anderes verlangten, im wesentlichen bei den schon vorhandenen Unterlagen geblieben.

Der Index wird in einem Einwohnergebiet von rund 26,7 Millionen Menschen erhoben, von denen 7,8 Millionen in Großstädten mit über 500 000 Einwohnern, 3,8 Millionen in Orten mit 250 000 bis 500 000, 3,7 Millionen in Orten mit 100 000 bis 250 000, 3,2 Millionen in Orten mit 50 000 bis 100 000, 4,7 Millionen in Orten mit 20 000 bis 50 000 und 3,5 Millionen in Orten mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern leben. Man wird zugeben, daß auf dieser Basis der Index, soweit sein Erhebungsgebiet in Betracht kommt, durchaus als repräsentativ angesehen werden kann. Das „Magazin“ geht bei seiner Kritik ausschließlich von den Berliner Vorkriegspreisen aus und nimmt einfach an, daß es, seiner Kritik entsprechend, mit den übrigen, von ihm nicht nachkontrollierten Ziffern, wahrscheinlich ebenso aussehen werde, das heißt, daß sie zu hoch angenommen sein sollen.

In der Statistik schließen einfache Annahmen sehr viele Fehlerquellen in sich. Aber untersuchen wir die Grundlagen der angegebenen Berliner Preise. Sie stammen nach den Angaben des „Magazin“ aus Warenhausangeboten des Jahres 1913 und aus Preisen

der Konsumvereins-Verkaufsstellen. Die Berliner Unterlagen für die Ausgangsziffern des Reichsindex sind weit umfassender. Vorerst: sie entstammen aus dem Durchschnitt der Monatszahlen Oktober 1913 und Januar, April und Juli 1914. Zum anderen: es sind nicht nur Konsumvereinspreise — sie allein sind ja nicht ausreichend repräsentativ für die vier Millionen Menschen, deren Nahrungsmittel in Berlin täglich gekauft werden. Warenhausangebote sind noch weniger repräsentativ, vorerst, weil sie nicht regelmäßig vorhanden sind, und dann, weil sie häufig genug als Verkäufe aufgejogen werden, deren Verlust über Reklamefante verbucht wird.

Wenn die Unterlagen für Berlin kritisch nachgeprüft werden sollen, dann müssen die Ziffern, die uns vorgelegen haben, als unrichtig nachgewiesen werden. Es waren die folgenden, die wir hier sämtlich mit genauer Quellenangabe zur öffentlichen Kontrolle stellen.

Die Berliner Vorkriegspreise im Kleinhandel.

Table with 6 columns: Lebensmittel, Preis für 1 Kilogr. (in Pf.), 1913/14, 1914, 1914, 1914. Rows include Roggenbrot, Erbsen, Speisebohnen, Kartoffeln, Rindfleisch, Schweinefleisch, Butter, Margarine, Schweinefleisch, Zucker, Eier, Vollmilch.

Die eingekalkulierten Preise beruhen auf Angaben der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung e. G. m. b. H.

Solange die obigen Ziffern nicht als falsch nachgewiesen sind, ist die Kritik des „Magazin“ irrig.

Und nun zu den grundsätzlichen Bemerkungen. Wenn die Reichsindexziffer richtig bewertet werden soll, muß man sehr genau damit vertraut sein, was sie nicht sein kann und was sie nicht sein will. Ein gewisser Einblick in die Zusammenhänge und Berechnung der Reichsteuerungsziffer zeigt dies sehr deutlich.

Vor allem: die Reichsindexziffer wird allzubüßig noch mit einem Existenzminimum verwechselt. Der eine Grund dieses Irrtums liegt auf der Hand. Darüber, was ein Existenzminimum ist, was es zu enthalten hat und wie hoch es sein muß, würden sich Gewerkschaftsvertreter mit Unternehmervertretern und Regierungsstellen wahrscheinlich überhaupt nicht einigen können. Hier trennen Weltanschauungen. Die Wissenschaft ist bei solchen Auseinandersetzungen gern mit ihren Kalorientabellen bei der Hand. Aber damit läßt sich zuviel beweisen. Wir erinnern uns an den Ritter Edler von Braun, der nach Kriegsausbruch „feststellte“, daß das deutsche Volk über ernährt sei, die gesunde Kalorienzwangswirtschaft des Krieges werde der Volksgesundheit förderlich sein.

Der Index ist aber auch aus zwei weiteren tatsächlichen Gründen kein Existenzminimum. In der Reichsteuerungsziffer sind weder die Steuern, noch die Kosten des notwendigen Haushaltswiederaufbaues enthalten, ebensowenig die Leistungspflichten zur Sozialversicherung. Und im übrigen ist das Wertigkeitsschema der Teuerungsziffer schon heute so umfangreich, daß es — wie kürzestens Berechnungen immer wieder beweisen — außerhalb der Einkaufsmöglichkeiten weiter Volksschichten liegt.

Aber wenn die erwähnten Einwendungen auch sämtlich nicht zu Recht bestünden, eine Berechnung des derzeitigen Existenzminimums wäre doch unmöglich, weil ja als Ausgangspunkt ein gedachtes Existenzminimum von 1913/14 konstruiert werden müßte. Auch da gäbe es mit den Gewerkschaftlern keine Einigung.

1) Im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25 (44. Jahrgang), S. 203 ff.

2) In der Vorkriegszeit veröffentlicht im: Stat. Jahrb. d. Stadt Berlin 1912/14 (33. Jahrg.), S. 489.

3) Aml. Preisber. z. „Stat. Korresp.“ 1913, Nr. 53, 1914, Nr. 8, 23, 38.

4) Stat. Jahrb. d. Stadt Berlin 1912/14 (33. Jahrg.), S. 426 ff.

5) Preiszusammenst. d. Stat. Amts d. Stadt Berlin, Okt. 1913, Jan., April/Juli 1914.

6) Aml. Preisber. z. „Stat. Korresp.“ 1913, Nr. 50, 52, 1914, Nr. 8, 23, 38.

7) Stat. Jahrb. der Stadt Berlin 1912/14 (33. Jahrg.), S. 444 ff.

8) Wie vordiehend S. 426 ff.

Keine Neujahrskarte ohne Wohlfahrtsbriefmarke für die Deutsche Nothilfe!

Die Grundlagen der Reichsteuerungsziffer sind nichts anderes als eine repräsentative Zusammenfassung.

Die amerikanischen Indexberechnungen gehen von einer grundsätzlichen anderen Methode aus. Dort erfolgen — wenn wir nicht irren — in 23 000 Familien tatsächliche Erhebungen. Aus ihnen werden die Querschnitte gebildet. Neben mancherlei Vorzügen hat diese Methode auch viele Nachteile, so daß der Wert der Grundlagenfeststellung praktisch durchaus der gleiche ist wie derjenige der repräsentativen Grundlagenkonstruktion. Nebenbei sei erwähnt, daß bei uns jede Einzelerhebung in jedem Ort durch Gewerkschaftsvertreter mit kontrolliert und verantwortlich gezeichnet wird.

Nach der deutschen Berechnungsmethode werden die örtlichen Teuerungszahlen zu Durchschnitten verarbeitet, die den oben erwähnten Ortsgrößenklassen entsprechen. Diese Durchschnittsziffern werden nicht einfach zusammengezählt, sondern gewogen mit der Einwohnerzahl ihrer Größenklassen in Beziehung gesetzt, erst dann erfolgt die Berechnung der Reichsdurchschnittsziffer.

Für diese Gesamtzahl wirken sich die einzelnen Indexgruppen (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Verkehr und sonstige Bedürfnisse) anteilmäßig aus. Diese Quoten lassen sich durch einen Vergleich mit Vorkriegsberechnungen (Haushaltsrechnungs-Erhebung von 1907) recht genau auf ihre Richtigkeit kontrollieren.

Aus diesen Vergleichen geht hervor, daß dem repräsentativ berechneten Index, mit Ausnahme von „Verkehr“ und „sonstiger Bedarf“, im wesentlichen die Vorkriegsverhältnisse zugrunde gelegt worden sind. Man muß dabei immer an die durchschnittliche Lebenshaltung von nahezu 27 Millionen Menschen denken, die durch die Preiserebungen praktisch erfasst werden.

Die Indexberechnungsmethoden sind während der jüngst vergangenen zehn Jahre unendlich verbessert worden, um das Höchstmögliche an möglicher Exaktheit zu erreichen. Darin liegt nach meiner Auffassung die Hauptursache aller scheinbar berechtigten Kritiken. Durch die vielfache Querschnittberechnung und Gewichtung wird die Reichsindexziffer zu einem Preispegel, der die Differenzen aus tausend Zufällen reiflos ausgeglichen meldet. Ein allgemeiner Sprung der Wohnungskosten um zehn Prozent drückt sich nur im Maße der Anteilziffer für „Wohnung“ (20,35 Proz.) im Gesamtindex aus, und eine Steigerung des Fleischpreises kann sehr leicht durch einen Preisfall der Kartoffel soweit kompensiert werden, daß beide Veränderungen in der Gesamtteuerungsziffer überhaupt nicht zum Ausdruck kommen!

Praktisch liegt es zudem noch so, daß in dem Grade einer zunehmenden Teuerung, steigender Steuern und sonstiger öffentlicher Lasten der Arbeitnehmer in seinem Lebensstandard zu Veränderungen gezwungen wird, die sich zuerst in einer Abwanderung zu billigeren, qualitativ minderwertigeren Lebensmitteln, dann aber auch in Einsparungen an Kleidung, Heizung, Licht und sonstiger Bedürfnisse ausdrückt. Die Erhebung der Indexgrundlagen wird davon nicht berührt, denn die Voraussetzung ihres Wertes ist, daß sie fortlaufend an dem Ort immer für die gleichen Warenqualitäten erfolgt. Die ernährungsmäßige Umschichtung der rund 27 Millionen, deren Lebenshaltungspreise erhoben werden, erfolgt dann auf die Art, daß die Millionen, die unter der durchschnittlichen Ration stehen, sich vermehren, während diejenigen Klassen, die bis dahin noch darüber standen, zahlenmäßig, mehr oder weniger schnell, je nach dem Grade der Teuerung, zusammenschmelzen. Je größer die Teuerung, um so stärker die Differenz in der Lebenshaltung zur Indexziffer! Und wenn ein Arbeiter durch die Teuerung gezwungen wird, ausschließlich Kartoffeln zu verzehren, dann stimmt für ihn die ganze Ernährungsindexziffer (jezt 150,5) überhaupt nicht mehr!

Die Gesetze der Gegeneinanderbewegung der Preise sind noch sehr wenig untersucht. (In der Wirtschaftskurve der „Frankf. Zeitung“ sind über die „Streuung“ der Preise einige verdienstliche Arbeiten erschienen.) Häufig genug ist beobachtet worden, daß bei eintretender Teuerung und Abwanderung der Massen zu billigeren Nahrungsmitteln dies im Preise anziehen, während die qualitativ besseren Lebensmittel eher abdrückende Preise zeigen. (Henriette Fürth hat solche Feststellung örtlich gemacht.) Bei Durchschnittsberechnungen können sich diese beiden Bewegungen gegenseitig aufheben, dann ergibt sich leicht jener Zustand, daß die Gesamtkosten der Lebenshaltung, wie sie sich in der Reichsindexziffer ausdrücken, nahezu oder gar völlig gleich bleiben, also im scheinbaren Widerspruch zur Wirklichkeit stehen.

Die Gewerkschaften haben noch aus manchen anderen Gründen gegen die Indexberechnungen erhebliche Einwände. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß ja bei den Wohnungspreisvergleichen eigentlich ganz ungleichwertige Größen verglichen werden. Die Wohnungen sind heute viel dichter belegt als vor dem Krieg, sie sind im wesentlichen schlechteren Zustand, die freiwilligen Aufwendungen des Mieters für seine Wohnung sind erheblich umfangreicher als jemals früher, der Bohnplatz liegt un-

Edeka Deutschland's größte Kolonialwaren Einkaufsgenossenschaft zur Silvesterfeier: 1922 er Schloß Wintringer 1/1 Fl. 1.05 RM, 1923 er Montagne 1/1 Fl. 1.10 RM, Edeka Tarragona 1/1 Fl. 1.65 RM, Edeka Krafftrotwein 1/1 Fl. 1.80 RM, Hawaii-Ananas 1/1 Dose 2.40 RM, Edeka Halb u. Halb 1/1 Fl. 4.00, 1/2 Fl. 2.20 RM. Preise einschließlich Steuer ohne Glas. Erhältlich in den durch obiges Zeichen kenntlich gemachten 1200 Geschäften Groß-Berlins.

Ruthen-Kaiser Am Oranienplatz Gegründet 1866. Inh.: Eugen Flub. Bestell-Annahme: Fernsprecher Moritzplatz 1197, 9860 / Lieferung frei Haus durch Auto. Silvester-Pfannkuchen in allbekanntester Güte mit verschiedenen Füllungen. Geriebener Mohn.

günstiger usw. usw. Auch auf diesem Gebiete sind bei den Verhandlungen über die Indexreform eingehende und langwierige Untersuchungen erhoben worden. Aber die Unterlagen zu einem statistisch brauchbaren Berechnungszuschlag reichten nicht aus, obwohl z. B. schon heute rund 15 Proz. der Bergarbeiter in Nachkriegswohnungen mit freier Mietbildung wohnen, die Quartiere der Unverheirateten ganz andere Kosten bedingen als ehedem und die freiwilligen Zuschläge zur Zwangsmiete sogar bei Vergleichen vor den Behörden keine kleine Rolle spielen.

Die Beratungen der Indexkommission ergaben überdies auch, daß es ein Optimum für die Anzahl und den Umfang der Indexgrundlagen gibt. Je mehr Einzelpreise heringeholten werden, um so stärker ist die Kraft der Ripellierung, der gegenseitigen Aufhebung der einzelnen Preissteigerungen.

Aus diesen Gründen — und vielen anderen — schrieben wir nach Abschluß der Reformberatungen in Uebereinstimmung mit den Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen im „Vorwärts“ und in der gesamten Arbeiterpresse:

„Die Reichsteuerziffer ist nur ein Hilfsmittel der Lohn- und Gehaltsbildung. Lohnverhandlungen sollten nicht mit der Anwendung der Indexziffer enden, sondern mit ihr beginnen! Die Indexziffer ist keine Verälschung der Wahrheit, sie wird erst zur Täuschung, wenn man von ihr etwas verlangt, was sie nach ihrem ganzen Wesen gar nicht auszusagen kann. Die dem Index zugrunde gelegte Lebenshaltung ist nicht zu niedrig, sondern eher zu hoch. Es gibt nicht viele Arbeiterfamilien, die sich heute als die Lebensmittel kaufen können, die der Berechnung des Index als Grundlage dienen. Und die Berechnung selbst ist auch kein Reiz mit raffiniert ausgedachten Rogeleien, sie erfolgt im statistischen Reichsamt durch Maschinen. Das Elend der breiten Volksmassen drückt sich nicht im Index, sondern in den niedrigen Löhnen und Gehältern aus.“

Das wurde damals, bei Abschluß der Indexreform, geschrieben. Es trifft heute in verstärkter Maße zu. Angesichts jener Feststellungen und bei objektiver Ueberprüfung dessen, was hier gesagt wurde, schütteln wir Gewerkschaftler wirklich manchmal die Köpfe, wenn wir wieder irgendeine „Aufführung der öffentlichen Meinung gedeckt“ haben sollen. Die Gewerkschaften und ihre verantwortlichen Leiter sind für jede sachliche Kritik und für jede Anregung dankbar. Wenn sie mit oberflächlich begründeten Vorwürfen überschüttet werden, dann — sind sie das ja gewöhnt.

Die ersten Dawes-Zinsen der Industrie 1926 fällig. 0,4583 Proz. des Betriebsvermögens.

Im Jahre 1926 werden zum erstenmal Zinsen für den Reparationsdienst der deutschen Industrie fällig. So wenig die Reparationslast überhaupt erfreulich ist, auch für die Industrie, so sicher ist es, daß das deutsche Unternehmertum aus der Zinszahlung für die Erfüllung des Dawes-Plans steuer- und wirtschaftspolitisch in ungebührlichem Maß Kapital zu schlagen versuchen wird. Jedenfalls wird es um die Dawes-Zinsen der Industrie viel lauter hergehen, als um die zukünftigen Dawes-Kosten des Staates, die zum größten Teil das Einkommen der arbeitenden Massen zu tragen haben wird. Deshalb sei schon heute auf die tatsächliche Belastung hingewiesen, die sich für 1926 für die Industrie aus den Dawes-Verpflichtungen ergibt. Fällig sind 2 1/2 Proz. Zinsen für Industrieobligationen im Gesamtbetrag von 5 Milliarden Mark. Das sind 125 Millionen Mark. Eine Tilgungsrate kommt für 1926 noch nicht in Frage. Auf

die 2 1/2 Proz. erhebt das Reich einen 10prozentigen Zuschlag zur Bildung einer Ausgleichungs- und Sicherungsrücklage. Diese 10 Proz. müssen später gutgebracht werden. Insgesamt werden also 2 1/2 Proz. von 5 Milliarden oder 125 Millionen erhoben und der Industrieobligationsbank zugeführt. Diese 125 Millionen werden nicht nach dem „Belastungs“-gesetz, das bekanntlich (außer der Landwirtschaft) alle Unternehmungen mit mehr als 50 000 M. Betriebsvermögen erfasst, sondern nach dem „Aufbringungs“-gesetz verteilt, das auch alle Unternehmungen von mehr als 20 000 M. Betriebsvermögen mit der Aufbringung belastet. In Frage kommt nach der Schätzung der Reichsregierung ein Betriebsvermögen der Industrie von 30 bis 33 Milliarden M. Auf dieses Betriebsvermögen verteilt, bedeuten die 125 Millionen, die 1926 aufzubringen sein werden, noch nicht ein halbes Prozent, genau 0,4583 Proz. Obwohl auch diese Belastung der Industrie, besonders in dem voraussichtlich noch sehr schweren Krisenjahr 1926, sehr beachtlich ist, wird man ihre tatsächliche Größe in der Erinnerung festhalten müssen, um einer übermäßigen agitatorischen Ausschütlung gegen die Interessen der arbeitenden Massen zu begegnen. (Abgesehen von der Landwirtschaft, die von der Belastung gänzlich frei ist, sollen die Schiffahrt und der Luftverkehr nur zur Hälfte ihres Betriebsvermögens belastet werden. Auf beide entfällt von den 30 bis 33 Milliarden nur etwa 1/4 Milliarde Betriebsvermögen oder 1,66 Proz.).

Keine Besserung auf dem Berliner Arbeitsmarkt.

Bisher sind noch keine Anzeichen beobachtet worden, die auf eine baldige Besserung der Beschäftigungsverhältnisse schließen lassen. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen wird. Betriebs-einschränkungen, -stilllegungen, Berufsurlaubungen und Einführung von Kurzarbeit nehmen ihren Fortgang.

Es waren 153 423 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 141 262 der Vorwoche. Darunter befanden sich 107 954 (99 261) männliche und 45 469 (42 021) weibliche Personen. Unterstufenbezogen 70 399 (56 633) männliche und 21 372 (16 856) weibliche, insgesamt 91 771 (73 489) Personen, davon bei Notstandsarbeiten beschäftigt 895 (1015). Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 60 gegen 47 der Vorwoche.

Die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Metallindustrie hält noch immer an. Neben der weiteren Erhöhung der Arbeitslosenzahlen nimmt auch die Zahl der Betriebe, die nur einige Tage arbeiten bzw. befristet aussetzen lassen, in bedeutendem Umfange zu.

Die Vermittlungstätigkeit im Textilgewerbe blieb nur gering. In der Zellstoff- und Papierherstellung und -verarbeitung hat der Kräftebedarf gegen die Vorwoche nachgelassen. Die Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe verzeichnet wesentliche Vermittlungsergebnisse nur für Tapezierer. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe sind wieder größere Entlassungen vornehmlich in der Musikinstrumentenindustrie und in den Karosseriebetrieben zu verzeichnen. Auch verschiedene Tischlereien haben den Betrieb stillgelegt, so daß im allgemeinen eine erhebliche Verschlechterung festzustellen ist. Im Bekleidungs-gewerbe erhöhte sich etwas die Vermittlungstätigkeit für weibliche Personen, während der Zugang Arbeit-suchender allgemein, wie auch in der Schuh- und Schäfteindustrie, noch immer überwiegt.

Auch im Bervielfältigungsgewerbe hat der Beschäftigungsgrad weiter nachgelassen. Für das Gastwirts-gewerbe erhöhte sich der Bedarf an jungen Mädchen und jüngeren Kochmamsells mit freier Station. Trotzdem ist der Stand der Beschäftigungsverhältnisse weiterhin als ungünstig zu bezeichnen. Auf

dem Stellenmarkt für Angestellte ist ein weiterer Strom von älteren qualifizierten Buchhaltern, Stenotypisten und Kontorkräften mit langjährigen Zeugnissen vorherrschend alle Anzeichen deuten auf weitere Verdrängung hin.

Für die technischen Berufe besteht in allen Zweigen nur ganz geringe Nachfrage nach Kräftekräften.

Eine Auto-Finanzierungs-Gesellschaft in Berlin. In Berlin wurde soeben in das Handelsregister die „Industrielle Garantie A. G.“ mit einem Grundkapital von 100 000 M. eingetragen. Zweck des Unternehmens ist die Finanzierung des Erwerbs in- und ausländischer Qualitätswagen, und zwar sowohl Personenzugmaschinen als auch Kraftfahrzeuge für kaufmännische und industrielle Zwecke. Der Autokäufer hat beim Ankauf ein Viertel des Preises in bar zu zahlen, drei Viertel werden auf 12 Monatsraten verteilt. Der Industriellen Garantie A. G. stehen durch Anlehnung an ein ähnlich geartetes Institut in Genuß mehrere Millionen Mark zur Verfügung, allmählich soll dieses Kapital bis auf 20 Millionen Mark ausgedehnt werden. Fiktional werden an allen großen deutschen Plätzen errichtet. Die Verzinsung soll unter Einrechnung aller Zinsen, Versicherungsprämien, Kommissionen usw. bei dieser Art des Kreditaufs gegenüber dem Barkauf nicht mehr als insgesamt 9 Proz. des Kaufpreises betragen. Das Automobil wird dem Käufer sofort zur Verfügung gestellt, doch behält sich das Finanzierungsinstitut das Eigentum vor bis zur letzten Ratenzahlung vor.

Stollwerck-Schokolade 8 Proz. Dividende. Wer in den mitteleuropäischen Inflationsländern dem Massenkonsum nahesteht, hat während der Inflations- und Reinigungsperiode bessere Chancen als andere Industrien. Wir haben das bisher besonders für Brauereien festgestellt. Aber es scheint auch für die Süßwaren-industrie zu gelten, obwohl diese während der Inflation stark übergründet worden ist. Jedenfalls kam eine der führenden und ältesten deutschen Schokoladen- und Süßwarenfabriken, die Gebrüder Stollwerck A. G. Köln 8 Proz. Dividende zu verteilen, obwohl das Aktienkapital heute 16,45 Millionen gegen 9,0 Millionen 1913 beträgt. Der Reingewinn beträgt 1,34 Millionen Mark. Auf Abschreibungen entfallen außerdem 0,58 Millionen. Die Lieferanten-, Akzept- und Bankschulden sind gegenüber der Goldbilanz von 3,50 auf 4,29 Millionen, die Warenbestände, Forderungen und Guthaben dagegen von 9,44 auf 11,77 Millionen gestiegen. Die Bilanz ist also sehr günstig. Dem entsprechen auch die Mitteilungen des Geschäftsberichts. Die Fabriken in Berlin und Köln waren durchweg gut beschäftigt. Ebenso brachten die Deutsche Automaten-Gesellschaft, die Unternehmen in Preßburg, Wien und Kronstadt, sowie das neu gegründete Unternehmen in Budapest guten Ertrag. Man wird gespannt sein dürfen, wie die übrigen noch ausstehenden Abschüsse der Süßwarenaktiengesellschaften ausfallen werden.

Vereinigte Chemische Werke A. G. Charlottenburg. Die Gesellschaft, die zum Scheidemandel-Konzern gehörte und dann vom Sunlicht-Konzern übernommen wurde, fabriziert die bekannten Pfeil-ring-Toilettenartikel. Sie hat im abgelaufenen Geschäftsjahr bei einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark einen Reingewinn von 166 112 M. erzielt, aus dem sie eine Dividende von 6 Proz. (120 000 Mark) zur Ausschüttung bringt. Bezeichnend ist, daß das Unternehmen nicht über genügend bare Mittel verfügt, um die Auszahlung der Dividende sofort vornehmen zu können, sondern erst die Eingänge aus dem Weihnachtsgeschäft hereinbekommen muß; diese sollen zur Dividendenauszahlung verwendet werden. Das Weihnachtsgeschäft hat nach den Mitteilungen in der Generalversammlung den Erwartungen nicht entsprochen. Dagegen war der Geschäftsgang im übrigen gut. Der Gesellschaft war es möglich, die Vorkriegsproduktion zu erreichen. Die Kosten sind weiter gestiegen. Durch vergrößerten Umsatz hofft man hierfür einen Ausgleich zu finden.

Eine EINFACHE RECHNUNG:

Die neue Tabaksteuer hat die 5 Pfg.-Zigarette besonders stark belastet und den Betrag, welcher für Tabak und Verpackung übrig bleibt, erheblich verringert.

Die folgende graphische Darstellung zeigt, wie sich bei verschiedenen Verpackungsarten die Kosten für Tabak und Packung ungefähr zu einander verhalten:



Hieraus geht hervor, wie sehr jeder unnötige Aufwand für die Packung den Inhalt beeinträchtigt.

Wenn wir dem Raucher unserer bekannten OVERSTOLZ Zigarette zumuten, sich in Zukunft mit einer ganz einfachen, ihm zunächst ungewohnten Packung zu begnügen, dann bieten wir ihm auch einen vollen Gegenwert, nämlich eine in dieser Preislage ungewöhnliche Qualität.



Die neue orangefarbene Packung der OVERSTOLZ, DEUTSCHLANDS MEISTGERAUCHTER 5 PFG. ZIGARETTE.



COLN, TRIER, HAMBURG, DRESDEN

Das Zehnkopfenstück.

Von Maxim Gorki.

(Autorisierte Uebersetzung von A. Stein.)

Als ich dreizehn Jahre alt war und mit schwer zu ertragenden Leuten zusammenlebte, wurde mein Herz mächtig von der Schwester meiner Meisterin angezogen, einer etwa dreißigjährigen Frau, die schlank war wie ein junges Mädchen und die sanften Augen der Mutter Gottes hatte. Diese blauen Augen, die ein erstaunlich regelmäßiges und zartes Antlitz beleuchteten, blickten auf alles aufmerksam und jählich. Aber wenn etwas Grobes oder Böses gesprochen wurde, erhielt der helle Blick einen gespannten Ausdruck, wie das bei Menschen zu sein pflegt, die schlecht hören.

Sie war schweigsam und sprach nur das Notwendigste: über ihre Gesundheit, über den Mann und das Bettler, über die Dienstboten, die Pfisterer und die Schneiderinnen; ich hörte aus ihrem Munde niemals ein schlechtes Wort über einen Menschen. In allen ihren Bewegungen war etwas Vorsichtiges und Unsicheres, als fürchtete sie stets, irgendwo anzustoßen. Mitunter schien es mir, daß sie kurzichtig sei, und manchmal glaubte ich, daß diese stille Frau wie im Traume lebe.

Die anderen machten über sie Scherze. Manchmal kamen zu meiner Meisterin Frauen zu Besuch, die ihr ähnlich sahen, ebenso dick, fett und schamlos in ihren Ausdrücken; sie gossen heißen Tee in sich hinein, tranken süßen Schnaps und Madeira und erzählten sich gegenseitig Witze über die Männer; die Schwester der Meisterin sah bei diesen schamlosen Erzählungen dabei, ihr jartes Gesicht brannte vor Verlegenheit, die langen Wimpern bedeckten die Augen und ihre ganze Gestalt beugte sich wie ein Grashalm zu Boden, der soeben mit schmutzigem Spülwasser begossen worden war.

Sobald die Meisterin das bemerkte, rief sie voll freudiger Erregung:

„Seht mal, wie Lipa rot geworden ist... Ist das zum Lachen!“

Die anderen Weiber machten ihr sanfte Vorwürfe:

„Aber seien Sie doch nicht so wie ein junges Mädchen...“

In solchen Augenblicken hatte ich heftiges Mitleid mit dieser zarten, reinen Frau, denn ich selbst schämte mich unendlich bei den rohen Unterhaltungen der Weiber. Es waren nicht allein die nackten Worte, sondern auch das Lächeln, das fette Lachen, das viel-sagende Augenzwinkern, die Ekel und Furcht bei mir erweckten. Die halbbetrunkenen Weiber sahen Blutegeißeln ähnlich. Besonders furchterregend war die Witwe eines Malermeisters, ein dickes Weib von etwa 40 Jahren, mit einem Doppelkinn, ungeheuren Brüsten und Knaulen. Wenn sie lächelte, zog sich ihre dicke Oberlippe, die mit einem Schnurrbartchen bedeckt war, in die Höhe, und eine Reihe scharfer Zähne wurde sichtbar. Ihre schmutzig-grünen Augen begannen zu funkeln.

„Der Mann liebt, daß die Frau schamlos zu ihm sei,“ sagte sie mit der Stimme eines betrunkenen Diakons.

„Nicht jeder,“ erwiderte man ihr.

„Ach was, jeder! Natürlich, ein Schwächling braucht das nicht, aber was ein richtiger Mann ist, der schämt sich nicht. Deshalb tragen sich die Männer mit den Dirnen herum? Weil die Dirnen kläger sind als wir, sie schämen sich nicht. Die Scham ist für die Jungfrauen, aber für Frauen ist sie nur ein Hindernis.“

Nicht alle stimmten ihr zu, aber trotzdem wurde sie von allen gelobt:

„Sie sind aber mutig, Marja Ignatowna!“

Ich bediente bei Tisch, hörte diese Reden und sah, wie der Schwanehals sich nach unten beugte; ich sah ihre kleinen brennenden Ohren, die aus den dunkelbraunen Locken hervorleuchteten; ich sah, wie ihre Finger das Gebäck zerkrümelten. Ich hätte meinen Mögen vor Mut und Mitleid, während die Weiber im Chor lachten:

„Seht mal, seht mal, wie Lipa rot wird!“

Ich war überzeugt, daß es dieser Frau unerträglich schwer war, im Kreise ihrer Freundinnen. Es war mir klar, daß ich ihr helfen müsse. Aber wie?

Obwohl ich damals schon eine Menge Bücher gelesen hatte, hatte ich dennoch in keinem einen Hinweis gefunden, wie ein dreizehn-jähriger Junge einer Frau helfen konnte, die doppelt so alt war wie er. Aber in einem Buche fand ich zu meinem Unglück den Satz: „Liebe schont weder den Kopen noch den Teufel, sie kennt keinen Altersunterschied, wir alle sind ihre Sklaven!“

Ich konnte nur allzu gut für mein Alter, wie die nichttheoretischen Beziehungen zwischen Männern und Frauen geartet waren, aber die Bücher hatten mir auch die heilsame Kraft verliehen, an die Möglichkeit anderer Beziehungen zwischen Mann und Frau zu glauben, von denen ich eigenförmig träumte, indem ich mich großen und rührenden Vorstellungen hingab. Es konnte doch nicht sein, daß die Liebe für alle Frauen und Männer dieselben Formen annahm, wie sie der wilde Bulle, der Soldat Eroseejew, und die stets betrunkene, zerkaute, prahlend schamlose Wälscherin Drina kannten.

Tag und Nacht grübelte ich darüber nach, wie ich der lieben Frau helfen konnte, die offenbar die Roheiten des Lebens nicht sehen und nicht hören wollte, und für sie nicht geeignet waren. Ich träumte heroische Träume: Ich sah mich als Räuberhauptmann in rotem Rock, mit einem Dolchmesser im Gürtel und einer hohen Pelzmütze auf dem Kopf. Meine Kameraden haben das Haus angezündet, in dem sie wohnt, während ich sie hinausstrage und auf mein Roß setze. Oder ich träume, daß ich ein Zauberer bin, dem alle Teufel untertan sind; sie haben mich und sie unsichtbar gemacht, und nun schweben wir beide wie Schneeflocken durch die Luft über die wüsten Felder, auf denen der Widerschein des blauen Himmels ruht; in der Ferne erhebt sich zwischen Pyramiden von Fichtendäumen ein schneeweißes Haus, aus dessen weitgeöffneten Fenstern eine wunderbare Musik uns entgegenströmt, eine Musik, die das Herz vor Entzücken stillstehen läßt, und das ganze Sein mit einem Singen und Klängen erfüllt.

Es gab auch weniger glückliche Träume; es gab auch die drückenden Angstträume eines jungen Burschen, dessen Phantasie allzufröhlich aufgepeitscht war.

Am helllichten Tage jedoch ging die Besessene ebenso vorsichtig an mir vorüber wie an allen Menschen; es schien mir, als ob sie stets fürchtete, sich durch die Berührung mit anderen Menschen zu beschmutzen, und daß ihre Haupt Sorge darin bestand, mit keinem in Berührung zu kommen. Aber anscheinend hatte sie doch gemerkt, daß ich sie allzufröhlich beobachtete; immer häufiger trafen sich ihre Augen mit den meinen. Wenn ich ihr jetzt die Tür öffnete, ging sie nicht mehr schweigend an mir vorüber. Wenn sie ging, sagte sie mir: „Lebe wohl!“

Natürlich erwiderte ich diesen Abschiedsgruß; er klang für mich wie ein Befehl:

Die Titelseuche in Bayern.



Entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung hat die bayerische Regierung zu Weihnachten wieder eine große Anzahl von Titeln verliehen. Ja sie hat sogar fünf neue Titel geschaffen: den „Pharmazier“ für die Apotheker, den „Versicherungsrat“ für die Angestellten, den „Arbeitsrat“ für die Arbeiterschaft, den „Technischen Gewerberat“ für die technischen Aufsichtsbeamten und den „Landesbauamt“ für Architekten und Ingenieure. Natürlich wurden mit diesen Titeln nur solche Untertanen bedacht, die der bayerischen Rechtsregierung politisch nahestehen.

Lebe wohl, für mich!
Ich triumphtierte. Natürlich — für dich, du meine Königin. Das ist mir vom Schicksal vorausbestimmt, von allen Mächten des Lebens und von allen Büchern, für dich!
Einmal fragte sie mich:
„Warum bist du so unruhig?“
Ich konnte nicht antworten, mir stand das Herz in der Brust still. Wenn sie sah, daß ich unruhig war, so hatte sie doch wohl früher bemerkt, daß ich im allgemeinen fröhlich war. Folglich liebte sie mich. Die Schlußfolgerung war zwar nicht logisch, aber angenehm, und ich war so glücklich darüber, daß ich in die Küche hineinkam und die Käse abkühlte, ein altes, widerliches Tier, was ich wegen seiner Grausamkeit und Hinterhältigkeit verabscheute. (Schluß folgt.)

„D. II. 511.“

Eine Weihnachtserinnerung von G. Lint.

Es war im Jahre 1891. Die Arbeitslosigkeit hatte in Berlin während der letzten Monate des Jahres einen ungeheuerlichen Umfang angenommen. Die Arbeitslosen, von der bittersten Not ausgepeitscht, befanden sich in berechtigter Empörung. Es kam denn auch, namentlich in dem Monat November zu Konflikten der Arbeitslosen mit der Polizei. Diese Konflikte waren meist von den in Arbeiterkleider gesteckten Polizeipiketen („Mittgroßhungen“) provoziert. Die Polizei und die Gerichte gingen äußerst streng vor. Schließlich wurde das Abhalten von Arbeitslosenversammlungen verboten. Nur die Gewerkschaften durften noch solche Versammlungen abhalten.

Am 2. Dezember fand im Saale der Brauerei Friedrichshain eine Versammlung der arbeitslosen Maler und „verwandter Berufe“ statt. Das Referat erstattete ich. Wiederholt wäre die Versammlung der Auflösung verfallen, da zweifelhaftes Elementes aus der Umgebung des Alexanderplatzes sich in die Versammlung eingeschlichen hatten, um zu provozieren; indes, da ich zugleich der Leiter der Versammlung war, verzeigte ich die Auflösung immer wieder dadurch, daß ich die Versammlung wieder und wieder auf einige Minuten vertagte. So konnte sie ruhig zu Ende gehen. Zu irgendwelchen Tumultszuständen ist es nicht gekommen. Mir aber sollte aus dieser Versammlung eine ganz besondere Weihnachtserfreude erwachsen.

Am 23. Dezember 1891 erschien ein Polizist in meiner Wohnung mit der Order, ich möchte sofort nach dem Polizeirevier kommen. Falls es heute abend nicht mehr möglich wäre, dann morgen früh. Da ich nichts Staatsgefährliches verbrochen hatte, ging ich, als mir meine Frau die Bestellung ausgerichtet hatte, noch abends nach acht Uhr nach dem Polizeirevier. Das war nicht gut. Raum daß ich die Räume, wo Geleß und Ordnung wolle, betreten und meinen Namen genannt hatte, änderte sich plötzlich die Situation. Ich wurde in das Zimmer des wachhabenden Kriminalwachtmeisters geführt, der mir eröffnete, daß ich verhaftet sei. Gegen mich sei von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen „öffentlicher Aufreizung zum Klassenhaß“ erhoben.

Bleibschild mit der Ziffer 511. Damit war mein Name erledigt. Jetzt wurde ich nur noch „D. II. 511“ genannt.
Am anderen Tag vormittags mußte ich zunächst das „Bett“ machen — lies Britische — fern. Dann kam die Vernehmung durch einen jungen Untersuchungsrichter, der sich mir gegenüber als Sozialist bezeichnete. Er kannte Lassalle, Marx und Engels, ich möchte ihm doch meine Ansicht über diese drei — die ja zweifellos hervorragende Persönlichkeiten sind — sagen. Ich erklärte ihm, daß ich hier lediglich als politischer Untersuchungsgefangener stände. Damit war die Vernehmung beendet. Ich wanderte wieder in meine Zelle, um dort über das Weihnachtsfest, das Fest christlicher Nächstenliebe, nachdenken zu können. Das war „heiliger Abend“.

Die Vernehmungen nahmen dann kein Ende. Hauptächlich sollte ich dem Untersuchungsrichter sagen, wie ich mir — ich hatte in meinem Referat den Schlüssel aus Friedrich Engels' „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ zitiert — eine derartige Umwälzung vorstellte. Ich habe das indessen jedesmal abgelehnt. Auf die Einwirkung meines ausgezeichneten Rechtsanwalts wurde ich nach einiger Zeit — an einem Samstag — aus der Einzelhaft, wie aus der Untersuchungsstube überhaupt entlassen.
Etwa im April des folgenden Jahres fand die Verhandlung vor der Strafkammer III des Landgerichts statt. Es war ein Glück für mich, daß meine Sache nicht vor die Strafkammer II, die unter dem Vorsitz des in geistiger Umnachtung verstorbenen Landgerichtsdirektors Brausewetter stand, verhandelt wurde. Der Staatsanwalt beantragte in seinem Plädoyer 9 Monate Gefängnis. Mein Verteidiger hielt ein glänzendes Plädoyer. Die Beratung des Gerichtshofes dauerte lange. Das Ergebnis war, daß ich dann — weil bisher unbescholten — mit einer Geldstrafe davonkam, außerdem wurden mir die Kosten auferlegt und einige Mark für die „Berpflanzung“ — blauer Heinrich, kalte Graupen und dergleichen.

Ein Jahr später ging es unseren Genossen Max Schippel und Stadthagen ebenso: auch sie wurden einen Tag vor dem Weihnachtsfest verhaftet!
Die meisten Leute von heute wissen nicht, wie damals das Gefek und seine Auslegung — insbesondere bezüglich des berüchtigten § 31 des Strafgesetzbuchs — gegen uns Sozialdemokraten angewendet wurde. Doch der Staat und die Gesellschaft waren wieder einmal gerechtfertigt! Auf mich konnte die Klassenjustiz keinen Eindruck machen. Gebessert haben sie mich nicht!
Indes, es bleibt eine Erinnerung an das christliche Weihnachtsfest.

Die Servietten der alten Römer. Im alten Rom herrschte der Brauch, daß jeder Gast, der zu einem großen Gastmahl eingeladen war, sich ein eigenes großes Mundtuch mitbrachte. Der Gebrauch dieses Tuches wich aber erheblich von dem ab, den man heute von der Serviette macht. Sobald nämlich ein Gericht aufgetragen wurde, das dem Gast besonders gut schmeckte, wickelte er einen Teil davon in seine Serviette und schickte dann seinen Diener, den er eigens dazu mitgebracht hatte, damit nach Hause. Später hatte sich dieser Brauch so eingebürgert, daß die Gäste ihre Diener lieber mit großen Körben ausrüsteten, in die dann alles hineinkam, was nicht aufgegessen wurde. Die großen Servietten kamen daher auch wieder ab und wurden endlich ganz vergessen. Erst als im späten Mittelalter der Gebrauch der Gabel aufkam, gelangten nach und nach auch die Servietten wieder in die Mode, wurden jetzt aber nur mehr zum Reinigen der Lippen benutzt.

Ein Maffaroni-Jubiläum. Genaue Nachforschungen haben ergeben, daß das italienische Nationalgericht der Maffaroni bei einem Festmahl, das Ende des Jahres 1525 in Neapel stattfand, zum ersten Male aufgetischt worden sein soll. Es könnte freilich auch zu Anfang des Jahres 1526 gewesen sein. Nun, wie dem auch sei, schon seit einiger Zeit hat man in Neapel angekündigt, daß man das 400-Jahr-Jubiläum der Maffaroni zum Anlaß nehmen würde, um ein Festmahl zu veranstalten, bei dem die Maffaroni in mannig-fachster Zubereitung die einzige Speise darstellen werden. Und da die Maffaroni in Italien eine zahlreiche Anhängererschaft besitzen, kann man des Gelingen dieses Festmahlszeit von vornherein sicher sein. Der berühmteste italienische Maffaroniesser und gleichzeitig Maffaronikoch soll übrigens der berühmte Komponist Rossini gewesen sein.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne: Jung Stodried, Judith, Datterich

Staats-Theater: Opernhaus, Opernhaus am Königsplatz, Schauspielhaus

Städtische Oper: Tristan und Isolde

Deutsches Theater: Das Häfchen v. Heilbronn

Kammerspiele: Geschlossen wegen Vorbereitung zu

Lysistrata

Die Komödie: Herfürstendamm

Gesellschaft: von Galsworthy

Größes Schauspielhaus: Für Dich

Silvester-vorstellung: beginnt 7 1/2 Uhr

Th. a. Hollendorft: Die offizielle Frau

Die neuen Herren: Donnerstag 7 Uhr

Die Tribüne: Die tote Tante

Sonntagskino: Der dreizehnte Stuhl

Rose-Theater: Wenn der Fiedler nicht

APOLLO THEATER: Lichtspiel-Palast

Cilly Feindt: persönlich mit ihrem Schulpferd

Neues Theater am Zoo: Letzte Vorstellung

Chocolate Kiddies: Goldo Thierscher

Internat. Varieté: Der wahre Jakob

Berliner Konzerthaus: Große Silvesterfeier

DEZEMBER 31 DONNERSTAG Bei Telochow Pfannkuchen kaufen!!

Sport Palast: Voller Eislaufbetrieb

Residenz-Theater: Die Durchgängerin

Thalia-Theater: Wiederauftreten

Annemarie: Heute 7 1/2 Uhr

Theater in der Kommandantenstr.: Die blond. Mädels

Philharmonie: Sinfonie-Konzert

Ella Pancera: Klav.-Konz. A-Moll

Circus Busch: Exotische Tierschau

Der Graf von Monte Christo: Freitag, 1. Januar

Reidshallen-Theater: Stettiner Sänger

Richard Seidel: DIE GEWERKSCHAFTEN NACH DEM KRIEGE

Das Buch stellt die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung dar

Zu beziehen durch die Annahmestellen und Botenfrauen

J.H.W. Dietz Nachfolger: Lindenstraße 2, Laden

Theat. d. Westens: Das Spiel u. die Liebe

Casino-Theater: Der Orlow

Walhalla-Theater: Die Koblanks

Die Koblanks: nachmittags 4 Uhr

Verlorene Mädchen: Berliner Volksstück

Krause-Pianos: für Miete

Guter Schlaf: Metallbetten für Groß u. Klein

CIRCUS DER 10000: in der Neuen Autohalle

Riesenweihnachtsprogramm: in 30 Teilen

Nur bis zum 10. Januar: 8 Uhr abends

Riesenweihnachtsprogramm: zu halben Preisen

Neue Welt: A. Scholz :: Nasenheide 108-114

Gr. Silvester-Ball: in den bayerischen Alpen

Bockbiersaison: Eröffnung der bayer. Bockbiersaison

besonders: wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN

August Bokermann: im 59. Lebensjahre

August Bethwell: ist am 27. d. M. entschlafen

Verkäufe: Teppich-Schmuck verkauft

Bekleidungsstücke, Wasche usw.: Kleider, Hüte, etc.

Möbel: Kleiner Schreibtisch, etc.

Möbel: Kleiner Schreibtisch, etc.

Möbel: Kleiner Schreibtisch, etc.

Möbel: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.

Verkäufe: Kleiner Schreibtisch, etc.